

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 22. April 2014

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61
Dr. Bartke, Matthias (SPD)	43, 44, 45, 46	Lay, Caren (DIE LINKE.)	5
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12, 13, 14	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	2	Nord, Thomas (DIE LINKE.)	55, 56, 57
Claus, Roland (DIE LINKE.)	38	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48, 49	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	36, 37
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	3, 4	Schneider, Carsten (Erfurt) (SPD)	29, 30
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	21
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	15, 16	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Heinrich, Gabriela (SPD)	17	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22
Held, Marcus (SPD)	50, 59	Tank, Azize (DIE LINKE.)	32, 33
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	19	Tempel, Frank (DIE LINKE.)	41
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)	26, 51	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	8, 42
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40	Dr. Wagenknecht, Sahra (DIE LINKE.)	18, 24
Klimke, Jürgen (CDU/CSU)	52, 53, 54	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	34
		Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	35

## Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie</b>			
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Genehmigung für Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien .....	1	Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Neujustierung der Östlichen Partnerschaft und Einflussphäre Russlands in der Region .....	13
Buchholz, Christine (DIE LINKE.) Zahlungsverpflichtungen aus der im Jahr 2009 übernommenen Hermes-Bürgschaft für den Verkauf von Sattelzugaufliegern und Sattelzugmaschinen nach Libyen .....	1	Erwarteter Verlauf des Genfer Ukraine-Treffens am 17. April 2014 .....	14
Ernst, Klaus (DIE LINKE.) Kosten zur Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose durch Konjunkturforschungsinstitute .....	2	Äußerungen der Bundesregierung zur möglichen Unterstützung bewaffneter Aufständischer in der Ostukraine durch Russland .....	15
Haltung der Bundesregierung zum Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und China .....	4	Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.) Äußerung der Regierungssprecherin Christiane Wirtz über Selbstverteidigungskräfte in der Ostukraine .....	15
Lay, Caren (DIE LINKE.) Höhe der EEG-Umlage in den Jahren 2015 bis 2020 bei Fortbestand des geltenden EEG .....	5	Ausgestaltung des dritten Sanktionspakets gegen Russland .....	16
Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tourismusrelevante Forschungsprojekte sowie Ergebnisse des Projekts „Arbeitsmarkt- und Fachkräfteanalyse Tourismus“ ..	6	Heinrich, Gabriela (SPD) Humanitäre Situation der Flüchtlinge im Vertriebenenlager auf der UN-Basis Tomping .....	17
Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) Vorgehen gegen die Pharmakonzerne Roche und Novartis wegen versuchter Unterbindung des Einsatzes eines preiswerteren Mittels gegen die altersabhängige Makuladegeneration .....	9	Dr. Wagenknecht, Sahra (DIE LINKE.) Ermittlungen zu Todesfällen durch Scharfschützen bei den Maidan-Unruhen in Kiew im Februar 2014 .....	18
<b>Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts</b>		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern</b>	
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unterstützung der Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger in Nigeria durch die Bundesregierung sowie Beteiligung deutscher Unternehmen an nigerianischen Energieprojekten .....	10	Hunko, Andrej (DIE LINKE.) Rasterfahndungen der Polizei und der Geheimdienste des Bundes .....	18
		Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aussage des Präsidenten des Bundeskriminalamtes zum Tod von Uwe Mundlos ....	19
		Schulz, Swen (Spandau) (SPD) Praktika in Bundesministerien .....	20
		Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schutz der Betreiber von Satelliten-Bodenstationen vor einer Überwachung durch die Geheimdienste GCHQ und NSA .....	20

Seite	Seite
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz</b>	
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Veröffentlichung des Referentenentwurfs für ein Gesetz über ein Verbot des Handels mit Nacktbildern von Kindern . . . . .	21
Dr. Wagenknecht, Sahra (DIE LINKE.) Zuständigkeit des Generalbundesanwalts bezüglich einer Strafverfolgung anlässlich der Ausspähung von Bundesbürgern und des Abhörens des Handys der Bundes- kanzlerin durch die NSA . . . . .	22
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen</b>	
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Revision des Doppelbesteuerungsabkom- mens zwischen Deutschland und Singapur . . . . .	23
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.) Schutz von Kleinaktionären vor Verlust bei vollständigem Rückzug einer Aktien- gesellschaft von der Börse (Delisting) . . . . .	23
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales</b>	
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bereitstellung der zugesagten Bundes- mittel für die von Zuwanderung besonders betroffenen Kommunen . . . . .	24
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zahlungen aus dem Förderprogramm MobiPro-EU an Europäer mit ruhenden Anträgen . . . . .	25
Schneider, Carsten (Erfurt) (SPD) Unterschiedliche Regelungen für das Schonvermögen im SGB II und SGB XII . . . . .	26
Förderung des Modellprojektes Bürgerar- beit . . . . .	27
Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anteil der bereitgestellten 200 Mio. Euro Bundesmittel für die von der Zuwande- rung aus Rumänien und Bulgarien beson- ders betroffenen Kommunen . . . . .	28
Tank, Azize (DIE LINKE.) Vergütung bei Annahmeverzug des Ar- beitnehmerverleihers . . . . .	29
Finanzierung von Deutsch-Sprachkursen für Menschen mit Migrationshintergrund . . . . .	30
Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) Gewährung von Sozialhilfe im Ausland . . . . .	31
Zimmermann, Pia (DIE LINKE.) Sicherstellung der medizinischen Notfall- versorgung von in Deutschland lebenden Flüchtlings . . . . .	33
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft</b>	
Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD) Einsatz des Pflanzenschutzmittels Basamid Granulat . . . . .	34
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</b>	
Claus, Roland (DIE LINKE.) Schwangerschaften von Frauen zwi- schen 15 und 19 Jahren . . . . .	36
Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mittel des Bundeshaushalts 2014 zur För- derung der Demokratieentwicklung und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus . . . . .	37

	Seite		Seite
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit</b>		Nord, Thomas (DIE LINKE.)	
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Nachtflugverbot am Flughafen Berlin-Brandenburg . . . . .	50
Höhe der Zusatzbeitragssätze für Versicherte ab dem Jahr 2015 . . . . .	40	Modernisierungen der ostdeutschen Wasserstraßen, insbesondere der Schleusen in Kleinmachnow und Fürstenwalde . . . . .	51
Tempel, Frank (DIE LINKE.)		Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Problematik der so genannten Legal Highs und Haltung der Bundesregierung zur Research-Chemical-Verordnung der Europäischen Union . . . . .	41	Anfrage der Europäischen Kommission an die Häfen in der Europäischen Union zur Körperschaftsteuer . . . . .	51
Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</b>	
Kosten für die Einlagerung der Grippemittel Tamiflu® und Relenza® . . . . .	42	Held, Marcus (SPD)	
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur</b>		Verbesserungsbedarf beim Lärmschutz . . .	52
Dr. Bartke, Matthias (SPD)		Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ausbau der A 7 nördlich des Elbtunnels . .	43	Waldbrandgefahr in Tschernobyl . . . . .	53
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Zustand und Sanierung der Neckartalbrücke (A 6) . . . . .	45	Verwaltungsvereinbarung für die Städtebauförderung 2014 . . . . .	53
Held, Marcus (SPD)		Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Gesetzliche Regelungen zu Kunstflügen . .	47	Ausgleichsleistungen gemäß dem Atomgesetz und Aufwendungen für Maßnahmen der nuklearen Sicherheit seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl . . . . .	54
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)		Förderprogramm für Partikelminderungssysteme im Jahr 2014 . . . . .	54
Breitbandgrundversorgung in Nordsachsen . . . . .	47		
Klimke, Jürgen (CDU/CSU)			
Verlagerung der Autobahnmeisterei Othmarschen . . . . .	49		

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordnete  
**Agnieszka  
Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, wonach den Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien die Genehmigung versagt werden soll, und wird diese Genehmigung daher nicht erteilt?

**Antwort des Staatssekretärs Rainer Baake  
vom 22. April 2014**

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode ist ausdrücklich festgelegt, dass im Hinblick auf Rüstungsexporte mehr Transparenz gegenüber dem Deutschen Bundestag und damit auch der Öffentlichkeit geschaffen werden soll, so dass bei abschließenden Genehmigungsentscheidungen im Vorbereitungsausschuss des Bundessicherheitsrates sowie im Bundessicherheitsrat künftig eine zeitnahe Unterrichtung des Deutschen Bundestages gewährleistet sein wird. Über mögliche Voranfragen wie auch die Frage, ob ein Antrag auf Genehmigung gestellt worden ist, informiert die Bundesregierung demgegenüber nicht, da alle Beratungen zu Rüstungsexporten vor einer abschließenden Genehmigungsentscheidung Gegenstand der internen Willensbildung der Bundesregierung sind und als solche dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung unterfallen.

Im Hinblick auf angebliche „Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien“ gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende Genehmigungsentscheidung.

2. Abgeordnete  
**Christine  
Buchholz**  
(DIE LINKE.) Bezugnehmend auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. bezüglich der Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der wehrtechnischen Industrie sowie weiteren Unternehmen der Rüstungswirtschaft (Bundestagsdrucksache 18/1174) frage ich, in welchem finanziellen Umfang musste die Bundesrepublik Deutschland Zahlungsverpflichtungen nachkommen, die sich aus der im Jahr 2009 übernommenen Hermes-Bürgschaft für den Verkauf von Sattelzugaufliegern und Sattelzugmaschinen nach Libyen ergeben haben, und an wen mussten die Zahlungen geleistet werden?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer  
vom 17. April 2014**

Die im Zusammenhang mit dem o. g. Libyengeschäft aus dem Jahr 2009 übernommene Hermes-Bürgschaft verlief schadensfrei.

3. Abgeordneter  
**Klaus Ernst**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Finanzmittel sind in den letzten acht Jahren für die Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose der Konjunkturforschungsinstitute (Frühjahrs- und Herbstgutachten) über den Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt worden (nach Jahren aufschlüsseln), und wie stark waren die Abweichungen der jeweiligen Prognosen zum tatsächlichen Wachstum des privaten Konsums und der Investitionen (nach Jahren und den jeweiligen Frühjahrs- und Herbstgutachten aufschlüsseln)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer  
vom 17. April 2014**

Die Ausgaben des Bundes für die Gemeinschaftsdiagnose in den letzten acht Jahren sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

<b>Gemeinschaftsdiagnose der Konjunkturforschungsinstitute (Frühjahr- und Herbstgutachten)</b>	
<b>Haushaltsjahr</b>	<b>Ausgaben in T €</b>
2006	1.330
2007	1.265
2008	1.282
2009	1.282
2010	1.249
2011	1.233
2012	1.233
2013	1.210

Die Prognosen der jeweiligen Gutachten und die amtlichen Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes sind in den nachfolgenden Tabellen dargestellt:

**Private Konsumausgaben (preisbereinigt)**

		Berichtsjahr							
Gemeinschaftsdiagnose		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
F 05		0,7							
H 05		-0,2							
F 06		0,4	-0,1						
H 06		0,9	0,1						
F 07			0,9	2,1					
H 07			-0,1	1,9					
F 08				0,8	1,2				
H 08				-0,4	0,4				
F 09					0,3	-1,2			
H 09					0,7	-0,2			
F 10						-0,4	0,8		
H 10						0,1	1,4		
F 11							1,2	1,2	
H 11							1,2	0,9	
F 12								0,9	1,3
H 12								1,0	1,1
F 13									0,8
H 13									0,9
Erstes veröffentlichtes		0,6	-0,3	0,0	0,4	0,5	1,5	0,8	0,9
Zuletzt veröffentlichtes		1,5	-0,2	0,8	0,2	1,0	2,3	0,8	0,9

1) Erste Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes im Januar des Folgejahres.

2) Aktueller Datenstand des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2014.

**Bruttoanlageinvestitionen (preisbereinigt)**

		Berichtsjahr							
Gemeinschaftsdiagnose		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
F 05		1,5							
H 05		1,4							
F 06		3,1	3,0						
H 06		3,9	3,4						
F 07			4,3	4,3					
H 07			5,5	3,2					
F 08				2,6	2,1				
H 08				3,8	-1,4				
F 09					-8,7	0,4			
H 09					-8,9	1,0			
F 10						1,4	1,7		
H 10						5,7	3,3		
F 11							5,6	4,7	
H 11							7,2	2,3	
F 12								2,8	6,1
H 12								-1,0	1,9
F 13									0,1
H 13									-0,5
Erstes veröffentlichtes		5,3	4,9	4,1	-8,6	5,5	6,5	-2,1	-0,8
Zuletzt veröffentlichtes		8,2	4,7	1,3	-11,7	5,7	6,9	-2,1	-0,7

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)		Berichtsjahr							
Gemeinschaftsdiagnose		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
F 05		1,5							
H 05		1,2							
F 06		1,8	1,2						
H 06		2,3	1,4						
F 07			2,4	2,4					
H 07			2,6	2,2					
F 08				1,8	1,4				
H 08				1,8	0,2				
F 09					-6,0	-0,5			
H 09					-5,0	1,2			
F 10						1,5	1,4		
H 10						3,5	2,0		
F 11							2,8	2,0	
H 11							2,9	0,8	
F 12								0,9	2,0
H 12								0,8	1,0
F 13									0,8
H 13									0,4
Erstes veröffentlichtes		2,5	2,5	1,3	-5,0	3,6	3,0	0,7	0,4
Zuletzt veröffentlichtes		3,7	3,3	1,1	-5,1	4,0	3,3	0,7	0,4

4. Abgeordneter  
**Klaus  
Ernst**  
(DIE LINKE.)

Lehnt die Bundesregierung auch das derzeit zwischen der Europäischen Union und China verhandelte Investitionsabkommen vor dem Hintergrund ab, dass laut Bundesregierung der Investitionsschutz „am Ende über die Zustimmung Deutschlands zu einem Transatlantischen Freihandelsabkommen entscheiden“ könne und „spezielle Investitionsschutzvorschriften in einem Abkommen zwischen der EU und den USA nicht erforderlich“ seien (vgl. Brief von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel an EU-Handelskommissar Karel De Gucht) (bitte begründen), und wenn nein, wie muss das Investitionsabkommen nach Ansicht der Bundesregierung ausgestaltet sein, um zustimmungsfähig zu sein?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer  
vom 24. April 2014**

Deutschland setzt sich – wie die gesamte Europäische Union – für zügige Verhandlungen eines Investitionsabkommens zwischen der Europäischen Union und China ein. Ein solches Investitionsabkommen muss aus Sicht der Bundesregierung vor allem einen deutlich verbesserten Marktzugang schaffen und gleichzeitig das hohe Schutzniveau bestehender Investitionsschutzabkommen erhalten.



Anders als im Fall der Vereinigten Staaten von Amerika besteht zwischen China und Deutschland bereits seit dem Jahr 1983 ein Investitionsförder- und Schutzvertrag, der (insbesondere in seiner Neufassung aus dem Jahr 2003) einen umfassenden Investitionsschutz garantiert. Da dieser deutsch-chinesische Vertrag sofort oder nach einer Übergangsfrist durch ein neu verhandeltes EU-China-Investitionsabkommen abgelöst wurde, ist es aus Sicht der Bundesregierung erforderlich, dass auch das Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und China einen entsprechenden Schutz gewährleistet. Die Bundesregierung setzt sich deshalb im oben genannten Sinne für einen deutlich verbesserten Marktzugang und ein hohes Investitionsschutzniveau ein.

5. Abgeordnete **Caren Lay** (DIE LINKE.)      Wie hoch wäre nach Schätzungen der Bundesregierung die EEG-Umlage (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) in den Jahren 2015 bis 2020 bei Fortbestand des geltenden EEG (bitte aufgeschlüsselt für jedes Jahr angeben)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer  
vom 17. April 2014**

Die Entwicklung der EEG-Umlage wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Diese ergeben sich teilweise aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) selbst (z. B. die Höhe der Fördersätze). Teilweise wird die Höhe der EEG-Umlage aber auch durch exogene Entwicklungen beeinflusst, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem EEG stehen. Beispielsweise hängt der Börsenstrompreis, der wesentlich für die Höhe der Vermarktungserlöse des EEG-Stroms ist, unter anderem von den Preisentwicklungen für fossile Energieträger oder den Preisen für CO<sub>2</sub>-Zertifikate ab.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Einflussfaktoren und der damit verbundenen erheblichen Prognoseunsicherheiten sind konkrete Abschätzungen zur künftigen Entwicklung der EEG-Umlage selbst auf kurze Zeit mit einer sehr hohen Unsicherheit behaftet. Grund hierfür sind neben der Unsicherheit über die Entwicklung des Börsenpreises auch die Unsicherheit über die Entwicklung des umlagepflichtigen Letztverbrauchs und die tatsächliche Einspeisemenge von Strom aus erneuerbaren Energien.

Die hohe Unsicherheit zeigt sich z. B. darin, dass die Übertragungsnetzbetreiber in ihrer Prognose für die EEG-Umlage 2015, die sie am 15. November 2013 veröffentlicht haben, eine Bandbreite von 5,85 ct/kWh bis 6,86 ct/kWh angeben. Entsprechend ist die Unsicherheit bei einem mittelfristigen Prognosezeitraum (z. B. bis zum Jahr 2020) noch deutlich höher.

Insofern kann die Bundesregierung keine genaue Angabe über die absolute Höhe der EEG-Umlage bis zum Jahr 2020 bei Fortbestand des geltenden EEG machen. Im Ergebnis wird durch die EEG-Novelle im Vergleich zu einer Situation, bei der das EEG unverändert bliebe, jedoch ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der EEG-Umlageentwicklung geleistet.

6. Abgeordneter  
**Markus  
Tressel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche für den Tourismus relevanten Forschungsprojekte werden derzeit im Rahmen welcher Förderprogramme durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert (bitte nach Programmen aufschlüsseln und auch kürzlich abgeschlossene Projekte benennen)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer  
vom 17. April 2014**

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF):

Das BMBF fördert die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in den Bereichen Tourismus und Freizeitwirtschaft und unterstützt die Entwicklung innovativer und nachhaltiger Tourismuskonzepte. Im Einzelnen werden folgende Projekte gefördert, aufgeschlüsselt nach Förderprogrammen:

Förderprogramm	Projekt
Professorinnen-Programm	Förderung einer Regelprofessur im Fach "Investition und Finanzierung im Tourismus" im Rahmen des Professorinnen-Programms an der Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule München
Deutsch-griechische Kooperationsvereinbarung zur Berufsbildung	Verbundprojekt: Mentoring Dual International – MENDI; Teilvorhaben: Duale Ausbildung in der Tourismusbranche in Griechenland
Wettbewerb: "Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen"	Verbundprojekt der Fachhochschulen Flensburg, Kiel, Lübeck, Westküste und der Universität Flensburg : "Offene Hochschulen in Schleswig-Holstein: Lernen im Netz-Aufstieg vor Ort"; Teilvorhaben: Tourismusmanagement
IKT 2020	Verbundprojekt: Personalisiertes Assistenzsystem und Services - PASS -; Teilvorhaben: Verbesserung der Services entlang der Mobilitätskette zum/vom Flughafen, speziell für die Zielgruppe der Senioren
	Verbundprojekt: Personalisiertes Assistenzsystem und Services - PASS -; Teilvorhaben: Einbindung der spezifischen Belange des ÖPNV in das PASS-Projekt
	Verbundprojekt: Personalisiertes Assistenzsystem und Services - PASS -; Teilvorhaben: 1. Bereitstellung von Daten und Analysen zur Konzepterstellung sowie 2. Feldversuch mit Reisebürokunden einschließlich Auswertung
	Verbundprojekt: Personalisiertes Assistenzsystem und Services - PASS -; Teilvorhaben: Automatisierte Informationsdienstleistung zur Orientierung im Gebäude mit optionaler individueller Unterstützung
	Verbundprojekt: Personalisiertes Assistenzsystem und Services - PASS -; Teilvorhaben: Bereitstellung eines softwaregestützten Assistenten zur Orientierung in hochfrequentierten öffentlichen Gebäuden
	Verbundprojekt: Personalisiertes Assistenzsystem und Services - PASS -; Teilvorhaben: Besondere Berücksichtigung der Schnittstellen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern und der Untersuchung der notwendigen begleitenden Services
	Verbundprojekt: UrlaubsReisen im Alter mit individuellen Services - URAiS -; Teilvorhaben: Grundlagen, Konzeption, prototypische Entwicklung sowie Evaluation des IT-Subsystems
	Verbundprojekt: UrlaubsReisen im Alter mit individuellen Services - URAiS -; Teilvorhaben: Analyse und Durchführungen insbesondere im Zusammenhang mit Mobilitätsangeboten
	Verbundprojekt: UrlaubsReisen im Alter mit individuellen Services - URAiS -; Teilvorhaben: Anforderungsanalyse, Konzepterstellung und Planung der Feldtests
	Verbundprojekt: UrlaubsReisen im Alter mit individuellen Services - URAiS -; Teilvorhaben: Pilotregion im Projekt URAiS
IKT 2020	Verbundprojekt: Barrierefreier Tourismus (Accessible Tourism) für Senioren mit einem WLAN-gestützten Navigations- und Informationssystem -ACCESS-; Teilvorhaben: Mobile ACCESS Applikation inklusive zentraler Informations- und Datenverwaltung
	Verbundprojekt: Barrierefreier Tourismus (Accessible Tourism) für Senioren mit einem WLAN-gestützten Navigations- und Informationssystem -ACCESS-; Teilvorhaben: Lokalisierungsplattform zur barrierefreien Routenführung
	Verbundprojekt: Barrierefreier Tourismus (Accessible Tourism) für Senioren mit einem WLAN-gestützten Navigations- und Informationssystem -ACCESS-; Teilvorhaben: MoRo - Mobiles Rostock
	Verbundprojekt: Barrierefreier Tourismus (Accessible Tourism) für Senioren mit einem WLAN-gestützten Navigations- und Informationssystem -ACCESS-; Teilvorhaben: Mobiles Assistenzsystem für verbesserte Freizeitgestaltung & Barrieren-Meldesystem für mobilitätseingeschränkte Senioren

	Verbundprojekt: Nahtlose, barrierefreie Informations- und Mobilitätsketten für ältere Menschen - NAMO -; Teilvorhaben: Unterstützung der Mobilität älterer Menschen mit innovativen Informations- und Reisebegleitdiensten
	Verbundprojekt: Nahtlose, barrierefreie Informations- und Mobilitätsketten für ältere Menschen - NAMO -; Teilvorhaben: Entwicklung eines elektronischen Reisebegleiters
KLIMZUG – Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten	Verbundprojekt: Regionale Anpassungsstrategien für die deutsche Ostseeküste (RADOST) - Teilprojekt 11: Tourismus und Strandmanagement, Kommunikation und akteursgerechte Verbreitung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ):

Gemeinsames Forschungsvorhaben BMZ-BTW (BTW = Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V.) zum „Beitrag des Tourismus zur regionalen Entwicklung und lokalen Wertschöpfung in Entwicklungs- und Schwellenländern“

Forschungsthema/-zielsetzung: Das Forschungsvorhaben untersucht die Wirkung von – insbesondere deutschen – Touristen auf die regionale Entwicklung und die Wertschöpfung vor Ort in ausgewählten Entwicklungsländern (Ägypten, Kenia, Vietnam, Thailand und Mexiko). Ziel des Projektes ist es unter anderem, belastbare Daten zum Beitrag des Tourismus aus Deutschland heraus in Entwicklungs- und Schwellenländern zu generieren.

Forschungsprojekträger: BTW

Forschungsprojektdurchführung: Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH in Köln (IW Köln)

Laufzeit: Das Forschungsprojekt hat im August 2013 begonnen (gegenwärtig statistische Datenerhebung) und endet Ende 2014.

Die Forschungsarbeit wird aus zwei Modulen bestehen:

- Modul 1 umfasst die Berechnung der Gesamtausgaben deutscher Touristen auch auf Basis der Ausgaben deutscher Touristikunternehmen in dem jeweiligen Entwicklungsland anhand von vorhandenem Datenmaterial (wird durch BMZ finanziert).
- Modul 2 untersucht in ausgewählten Ländern gezielt die Wirkung auf die durch den touristischen Konsum generierten Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte in Abhängigkeit zur Gesamtwirtschaft sowie der Beschäftigung des Entwicklungslandes. Zudem sollen auch Fragen des Umgangs mit Menschenrechten oder beispielsweise des Ressourcenverbrauchs untersucht werden (wird aus Eigenmitteln des BTW finanziert).

Begleitet und koordiniert wird die Forschungsarbeit durch einen vom BTW und BMZ eingesetzten Forschungsprojektbeirat mit verschiedensten Akteuren aus der Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen etc.

Über die o. g. Angaben hinaus wird auf den „Bericht der Bundesregierung zu den tourismuspolitisch relevanten Haushaltsansätzen in

den Einzelplänen der Bundesressorts im Bundeshaushalt 2014“ verwiesen. Der Bericht wurde kürzlich an die Mitglieder des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages versandt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales meldet Fehlanzeige.

- |   |   |
|---|---|
| 7. Abgeordneter<br><b>Markus Tressel</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wann ist mit den Ergebnissen des BMWi-Projektes „Arbeitsmarkt- und Fachkräfteanalyse Tourismus“ (BMWi = Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) zu rechnen? |
|---|---|

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer  
vom 17. April 2014**

Die Ergebnisse des BMWi-Projektes „Arbeitsmarkt- und Fachkräfteanalyse Tourismus“ werden bei der Abschlusskonferenz des Projektes am 10. Juni 2014 im BMWi vorgestellt.

- |   |  |
|---|--|
| 8. Abgeordnete<br><b>Kathrin Vogler</b><br>(DIE LINKE.) | Erwägt die Bundesregierung, auch in Deutschland das Kartellamt einzuschalten, nachdem die Pharmakonzerne Roche und Novartis laut Meldungen der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 10. April 2014 von der italienischen Wettbewerbsbehörde eine Strafe von 180 Mio. Euro auferlegt bekamen, weil sie gemeinsam den Einsatz des preiswerteren Mittels Avastin <sup>®</sup> anstelle des wesentlich teureren Lucentis <sup>®</sup> gegen die altersbedingte Makuladegeneration (AMD) zu unterbinden versuchten und nun auch in Frankreich deswegen gegen die beiden Pharmakonzerne ermittelt wird? |
|---|--|

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer  
vom 17. April 2014**

Der Bundesregierung ist bekannt, dass Italien gegen die Unternehmen Roche und Novartis Bußgelder wegen Avastin<sup>®</sup> und Lucentis<sup>®</sup> verhängt und Frankreich ein Verfahren eingeleitet hat. Das Bundeskartellamt steht mit den dortigen Behörden im Rahmen des europäischen Netzwerkes der Wettbewerbsbehörden in engem Kontakt. Soweit sich hinreichende Anhaltspunkte für Kartellrechtsverstöße auch in Deutschland ergeben, entscheidet das Bundeskartellamt im Rahmen seines Aufgreifermessens, ob es diese im Wege eines Verwaltungsverfahrens oder eines Bußgeldverfahrens aufgreift.

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

9. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) In welcher konkreten Form unterstützt die Bundesregierung im Rahmen der Nigerianisch-Deutschen Energiepartnerschaft den Betrieb neuer Braunkohlekraftwerke und -tagebaue in der Bundesrepublik Nigeria, und welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Nigerias prognostizierte Emissionsentwicklungen durch die zusätzliche Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 22. April 2014**

Die Bundesregierung unterstützt weder im Rahmen der Nigerianisch-Deutschen Energiepartnerschaft („Nigerian German Energy Partnership“ = NGEP) noch im Rahmen ihrer sonstigen bilateralen Zusammenarbeit Braunkohleprojekte in der Bundesrepublik Nigeria. Dies gilt sowohl für den Kraftwerks- als auch den Abbaubereich. Über prognostizierte Emissionsentwicklungen in Nigeria liegen der Bundesregierung keine eigenen Erkenntnisse vor.

10. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Welche deutschen Unternehmen beteiligen sich nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Nigerianisch-Deutschen Energiepartnerschaft an Projekten in der Bundesrepublik Nigeria, und welche Wirtschafts- und Interessenvertreter begleiteten die Delegationen aus Deutschland auf den bisher stattgefundenen bilateralen Energiekonferenzen (bitte jeweils aufgeschlüsselt darstellen)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 22. April 2014**

Die Nigerianisch-Deutsche Energiepartnerschaft (NGEP) ist ein im August 2008 gegründetes und im Wesentlichen von den beteiligten Mitgliedsunternehmen getragenes Partnerschaftsformat. Die Bundesregierung flankiert die NGEP vor allem im Rahmen der Arbeitsgruppe Strom & Energie der deutsch-nigerianischen Binationalen Kommission, die seit dem Jahr 2012 jeweils direkt im Anschluss an die Jahreskonferenz der NGEP durchgeführt wurde. Bei den derzeitigen Mitgliedsunternehmen der NGEP auf deutscher Seite, die zum Teil an konkreten Projekten in Nigeria beteiligt sind, handelt es sich um die Siemens AG, E.ON SE, Julius Berger International, ABB, MAN Roland, GOPA Intec, Enertec Energietechnik GmbH, Novapower Germany sowie die Commerzbank Aktiengesellschaft.



An den Jahreskonferenzen der NGEP haben Vertreter folgender Unternehmen oder Verbände teilgenommen:

<b>17.-19.08.2008</b>	Babcock Borsig Service GmbH
	Bilfinger Berger Nigeria GmbH
	Deutsche Energie-Consult Ingenieurgesellschaft mbH
	EnBW
	E.ON Ruhrgas AG
	E.ON Ruhrgas E&P GmbH
	Evonik Energy Services GmbH
	Fichtner GmbH & Co. KG
	Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V.
	Julius Berger Nigeria PLC
	ILF Beratende Ingenieure GmbH
	KfW IPEX Bank GmbH
	Lahmeyer International
	Saka Ikuye Engineering
	Siemens AG
	Siemens Nigeria Ltd.
	Evonik-STEAG encotec (West Africa) Ltd.

<b>26.05.2009</b>	Julius Berger Nigeria PLC
	Siemens Nigeria Ltd.
	EVONIK
	E.ON Ruhrgas AG
	EnBW
	Bilfinger Berger Nigeria GmbH
	STEAG encotec (WA)
	KfW Ipex
	Commerzbank
	Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V.
	EulerHermes
	Lahmeyer International
	Ferrostaal
	ILF Consulting Engineers
	Saka Ikuye Engineering
	Natural Nutrition Overseas
	HypoVereinsbank
	International Consulting Economists & Engineers (ICEE)

12.-13.07.2010	E.ON Ruhrgas AG
	EnBW
	Bilfinger Berger Nigeria GmbH
	Commerzbank
	Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V.
	Saka Ikuye Engineering
	Natural Nutrition Overseas
	ABB
	GTZ
	ILF Consulting Engineers
	Intec
	KfW Entwicklungsbank
	Lahmeyer International
	Lohrmann
	MTU South Africa
	Natural Nutrition Overseas
	Siemens AG
	Siemens Nigeria Ltd.
	Nigerian-German Business Association

18.04.2012	Siemens AG
	Siemens Nigeria Ltd.
	GTAI
	GIZ
	KfW Ipex
	DENA
	E.ON Ruhrgas AG
	GOPA Intec
	ABB
	Commerzbank
	Bilfinger Berger Nigeria GmbH
	KfW Entwicklungsbank



15.10.2013	GIZ
	E.ON Global Commodities SE
	E.ON Ruhrgas Nigeria Limited
	Siemens AG
	Siemens Nigeria Ltd.
	Julius Berger International
	Julius Berger Nigeria PLC
	EMERTEK Energietechnik GmbH
	GOPA Intec Nigeria Ltd.

11. Abgeordnete  
**Marieluise  
Beck  
(Bremen)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Bedeutet die Äußerung des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, über eine Neujustierung der Östlichen Partnerschaft und zu vermeidende Entweder-oder-Entscheidungen im Verhältnis zu Russland (FAZ, „Steinmeier kritisiert bisherige Ukraine-Strategie der EU“ vom 31. März 2014), dass die Bundesregierung eine von Russland definierte Einflussosphäre in der Region anerkennt, und falls ja, wie verträgt sich eine solche Haltung mit dem Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Länder und mit Artikel 49 der EU-Verträge, der jedem europäischen Staat das Recht auf Beantragung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union einräumt?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 17. April 2014**

Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft unterstützt die Europäische Union den Reformkurs in den Partnerländern mit dem Ziel, dort dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel zusätzliche Impulse zu verleihen.

Die Bundesregierung ist überzeugt, dass eine gute Zusammenarbeit der östlichen Partner der Europäischen Union (EU) sowohl mit der EU als auch mit der Russischen Föderation im Interesse aller Beteiligten ist. Dies hat sie auch in der Vergangenheit stets unterstrichen. Ein Denken in politischen Einflussphären hält die Bundesregierung dagegen für kontraproduktiv.

12. Abgeordnete  
**Marieluise Beck**  
**(Bremen)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Erwartet die Bundesregierung für das am 17. April 2014 in Genf geplante Ukraine-Treffen konstruktive Gespräche und belastbare Ergebnisse, solange die russische Regierung die ukrainische nicht anerkennt, und wird die Außenbeauftragte der Europäischen Union nach Kenntnis der Bundesregierung gegenüber der russischen Regierung die völkerrechtswidrige Annexion der Krim sowie das Vorgehen des Kreml kritisieren, mit einer nach Auffassung der Fragestellerin politisch motivierten Steigerung der Gaspreise Druck auf die Regierung der Ukraine auszuüben?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 24. April 2014**

Die Bundesregierung begrüßt die Ergebnisse des Treffens in Genf vom 17. April 2014, bei dem die Außenminister der Ukraine, der Russischen Föderation, der Vereinigten Staaten von Amerika sowie die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik konkrete, praktische Schritte zur Deeskalation vereinbart haben. Die rasche Implementierung der vereinbarten Maßnahmen ist nun entscheidend und wird von der Bundesregierung in enger Abstimmung mit ihren europäischen und internationalen Partnern nach Kräften unterstützt.

Die Haltung der Europäischen Union zur völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland ist unverändert und wird gegenüber der russischen Regierung weiterhin mit Nachdruck vertreten. In einem Antwortschreiben an den russischen Präsidenten Wladimir Putin hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso den Vorschlag Russlands zu Konsultationen über die Gasversorgung, den Gastransit und die Möglichkeiten der konstruktiven Zusammenarbeit aufgegriffen und dabei die Erwartung marktüblicher Preisgestaltung unterstrichen.

13. Abgeordnete  
**Marieluise Beck**  
**(Bremen)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird die Außenbeauftragte der Europäischen Union bei dem Ukraine-Treffen in Genf nach Kenntnis der Bundesregierung gegenüber der russischen Regierung die Bedenken formulieren, dass die von Russland geforderte Föderalisierung der Ukraine zu einer Spaltung des Landes missbraucht werden könnte, und unterstützt die Bundesregierung deswegen anstatt der Föderalisierung das Konzept einer Dezentralisierung im Sinne von Subsidiarität, sollte es bei dem Treffen auch um notwendige Reformen in der Ukraine gehen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 24. April 2014**

Die ukrainische Regierung hat sich bei den Gesprächen in Genf zu einem inklusiven und transparenten Verfassungsreformprozess verpflichtet, der einen breiten nationalen Dialog einschließen soll. In diesem sollen die Interessen aller Regionen berücksichtigt werden. Hierzu gehört es auch, dezentrale Strukturen für die Ukraine zu erarbeiten, wobei die Ukraine über ihren Staatsaufbau selbständig entscheiden muss. Dies ist auch in der von allen vier Teilnehmern (Ukraine, Russland, USA, Europäische Union) verabschiedeten Genfer Erklärung verankert, die es nun umzusetzen gilt.

- |  |  |
|--|--|
| 14. Abgeordnete<br><b>Marieluise Beck</b><br>(Bremen)<br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Bedeutet die Äußerungen der Sprecherin der Bundesregierung vom 14. April 2014, wonach eine aktive Unterstützung für bewaffnete Aufständische durch Russland bzw. russische Sicherheitskräfte in der Ostukraine glaubhaft sei, dass für die Bundesregierung hiermit die dritte Stufe der EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland erreicht ist, und falls nicht, wann wäre das nach Ansicht der Bundesregierung der Fall? |
|--|--|

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 24. April 2014**

Mit der Genfer Erklärung vom 17. April 2014 haben die Teilnehmer des Treffens, darunter auch Russland, alle Akteure zu Gewaltverzicht und Deeskalation aufgerufen und die Entwaffnung illegaler Kräfte und Räumung besetzter Gebäude und Plätze gefordert.

Dessen ungeachtet gilt der vom Europäischen Rat am 6. März 2014 beschlossene Stufenplan zu Sanktionen fort. Danach würden weitere Schritte Russlands zur Destabilisierung der Ukraine zu zusätzlichen und weitreichenden Konsequenzen für die bilateralen Beziehungen führen, auch im Wirtschaftsbereich. Hierzu bedarf es eines weiteren Beschlusses des Rates der Europäischen Union.

- |   |   |
|---|---|
| 15. Abgeordneter<br><b>Wolfgang Gehrcke</b><br>(DIE LINKE.) | Welche konkreten Beweise liegen der Bundesregierung für die von der stellvertretenden Regierungssprecherin Christiane Wirtz am 14. April 2014 aufgestellte Behauptung vor, dass die „in der Ostukraine aktiven bewaffneten Gruppen Unterstützung aus Russland erhalten“ und es sich hierbei „kaum um spontan aus Zivilisten gebildete Selbstverteidigungskräfte handeln“ könne (dpa, Artikel vom 14. April 2014, 11:51 Uhr im Nachrichtenticker des Deutschen Bundestages)? |
|---|---|

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 22. April 2014**

Die stellvertretende Regierungssprecherin sagte am 14. April 2014 unter anderem: „Vieles deutet darauf hin, dass die in der Ostukraine aktiven bewaffneten Gruppen Unterstützung aus Russland erhalten. Wenn man sich das Auftreten, die Uniformierung und Bewaffnung einiger dieser Gruppen ansieht, kann es sich kaum um spontan aus Zivilisten gebildete ‚Selbstverteidigungskräfte‘ handeln.“

Das koordinierte Vorgehen und die Ausrüstung bewaffneter Kräfte in der Ostukraine deuten auf eine Unterstützung durch staatliche Stellen Dritter hin. Diese Bewertung gründet sich auf verschiedene Quellen einschließlich der Berichte der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und Informationen unserer Partner.

16. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)      Wie genau soll das vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, am 9. April 2014 beim „East-Forum“ in Berlin angekündigte dritte Sanktionspaket gegen Russland aussehen, und ist beabsichtigt, wie mich russische Abgeordnetenkollegen und Gesprächspartner im Außenministerium der Russischen Föderation fragten, dass außer Präsident Wladimir Putin, Ministerpräsident Dimitri Medwedew und Außenminister Sergej Lawrow alle Abgeordneten der Staatsduma in einer dritten Sanktionsstufe auf der Liste stehen werden?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 22. April 2014**

Der vom Europäischen Rat am 6. März 2014 beschlossene Stufenplan zu Sanktionen gilt fort. Nach einer ersten Stufe, die die Aussetzung aller Gespräche zum „Neuen Abkommen“ zwischen der Europäischen Union und Russland und zu Visafragen vorsah, wurden als zweiter Schritt Visabeschränkungen und das Einfrieren von Konten vereinbart. Der Rat für Außenbeziehungen vom 17. März 2014 hat erste Listungen vorgenommen, die am 21. März 2014 auf insgesamt 33 Personen ausgeweitet wurden. Die dritte Stufe mit „schweren und weitreichenden Konsequenzen für die bilateralen Beziehungen“ ist für den Fall einer weiteren Destabilisierung der Ukraine durch Russland vorgesehen und bedarf eines weiteren Beschlusses des Rates der Europäischen Union.

Der Europäische Rat vom 20./21. März 2014 bat die Europäische Kommission, Vorschläge für mögliche Sanktionen dieser Stufe zu erarbeiten. Die Überlegungen dazu sind noch nicht abgeschlossen.

17. Abgeordnete  
**Gabriela  
Heinrich**  
(SPD)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur humanitären Situation der Flüchtlinge im Vertriebenenlager auf der UN-Basis Tamping (Juba/Südsudan), und für wie berechtigt hält die Bundesregierung die Kritik seitens der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“, dass die UN-Mission im Südsudan (UNMISS) im Vertriebenenlager Tamping (Juba/Südsudan) untätig sei, die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in diesem Vertriebenenlager zu verbessern?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 22. April 2014**

Die Bundesregierung hat größten Respekt vor der mutigen Entscheidung der Friedensmission der Vereinten Nationen (VN) im Südsudan (UNMISS), auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen in der Republik Südsudan Ende Dezember 2013 die Tore ihrer eigenen Lager für zwischenzeitlich über 80 000 vertriebene Zivilisten zu öffnen und diese dort vor bewaffneten Übergriffen zu schützen. Die VN-Mission hat damit vielen Menschen das Leben gerettet.

Die Notlage im Lager Tamping, das jüngst vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, besucht wurde, ist der Bundesregierung bekannt. Die VN-Mission UNMISS hat ihre tiefe Besorgnis über die humanitäre Lage in den überfüllten Lagern geäußert, die nicht für die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern für die Unterbringung der VN-Mitarbeiter ausgelegt sind. Die VN-Mission versichert, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tut, um die Vertriebenen zu versorgen und die schwierige Lage zu verbessern. Sie hat alle humanitären Partner aufgerufen, zur Verbesserung dieser Situation beizutragen.

Die Bundesregierung hat in Kenntnis der Lage umgehend reagiert und seit Jahresbeginn Mittel der humanitären Hilfe in Höhe von 6,5 Mio. Euro für Südsudan bereitgestellt. Darüber hinaus werden aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit 17,5 Mio. Euro kurzfristig zur Verfügung gestellt, um die Situation der Binnenvertriebenen im Südsudan zu verbessern.

Die VN-Mission UNMISS hat betont, dass ihr in Verhandlungen mit der südsudanesischen Regierung innerhalb kurzer Zeit zusätzliches Land für die Errichtung von Vertriebenenlagern in unmittelbarer Nähe zu ihren Lagern in Juba und Malakal zur Verfügung gestellt wurde und dass sie mit Hochdruck an der Errichtung von Infrastruktur in diesen Lagern arbeitet. Mehrere Tausend Vertriebene sind bereits in die neuen Lager umgezogen. Nach Fertigstellung der neuen Lager sollen die Lager innerhalb der Liegenschaften der Vereinten Nationen geschlossen werden.

18. Abgeordnete  
**Dr. Sahra  
Wagenknecht**  
(DIE LINKE.)
- Sprechen die bekannten Informationen über die Ermittlungstätigkeit der ukrainischen Staatsanwaltschaft, geleitet durch den Generalstaatsanwalt Oleg Machnitzki (Swoboda), im Fall der Todesfälle durch Scharfschützen bei den Maidan-Unruhen im Februar 2014 in Kiew aus der Sicht der Bundesregierung dafür, dass am Ende „eine umfassende und transparente, unter Einbeziehung internationaler Institutionen erfolgende Aufklärung“ (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 18/815) gewährleistet sein wird, und verfügt das Bundeskanzleramt im genannten Fall über eigene Informationen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 24. April 2014**

Die Bundesregierung hat derzeit keine Anhaltspunkte daran zu zweifeln, dass die Ermittlungstätigkeit der ukrainischen Staatsanwaltschaft die Aufklärung der Maidan-Todesfälle gewährleisten wird.

Unabhängig hiervon hat die ukrainische Regierung eine „Kommission zur Untersuchung und Prävention von Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine“ eingerichtet. Diese soll Menschenrechtsverletzungen untersuchen, welche seit dem 30. November 2013 verübt wurden. Beteiligt sind neben Abgeordneten des ukrainischen Parlaments auch Angehörige zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Zudem wurde durch den Europarat die Einsetzung eines „International Advisory Panel“ (IAP) zur Aufklärung der Gewalttaten auf dem Maidan beschlossen. Dieses Panel soll in Absprache mit der ukrainischen Regierung baldmöglichst seine Arbeit aufnehmen.

Die Bundesregierung setzt sich – gemeinsam mit ihren EU-Partnern – auch weiterhin für eine umfassende und transparente Aufklärung aller Gewaltakte in Kiew vom 18. bis 20. Februar 2014 unter Einbeziehung internationaler Institutionen ein. Hierzu wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 24. April 2014 zu Frage 26 der Kleinen Anfrage der Fraktion Die LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1222 verwiesen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

19. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)
- An welchen Rasterfahndungen haben sich Polizeien und/oder Geheimdienste des Bundes in den letzten 15 Jahren beteiligt (bitte nach Jahren und verantwortlichen bzw. durchführenden Behörden aufschlüsseln), und welche davon wurden nach Kenntnis der Bundesregie-

rung im Nachhinein für (auch teilweise) rechtswidrig erklärt (bitte, sofern bekannt, die Gründe oder wenigstens die Fundstelle der richterlichen Entscheidung angeben)?

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 23. April 2014**

Für die Jahre 2008 bis 2012 wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu Frage 13c auf Bundestagsdrucksache 17/11582 vom 22. November 2012 verwiesen. Danach hat das Bundeskriminalamt (BKA) in diesem Zeitraum eine Rasterfahndung durchgeführt. Die übrigen Sicherheitsbehörden des Bundes haben keine Rasterfahndungen durchgeführt.

In der Kürze der Zeit war die aufwändige Erhebung der darüber hinausgehenden Rasterfahndungen im BKA nicht möglich, da diese nicht zentral erfasst werden.

- |  |   |
|--|---|
| 20. Abgeordnete<br><b>Irene Mihalic</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des BKA-Präsidenten Jörg Ziercke (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. November 2011) zur Stützung der Selbstmordthese, dass laut Obduktionsbericht Rußpartikel in der Lunge von Uwe Mundlos gefunden worden wären, vor dem Hintergrund, dass der Obduktionsbericht, der dem Thüringer Untersuchungsausschuss (NSU) vorliegt, klar aussagt, dass weder bei Uwe Mundlos noch bei Uwe Böhnhardt Rußpartikel gefunden wurden? |
|--|---|

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 23. April 2014**

Der BKA-Präsident Jörg Ziercke teilte zum damaligen Zeitpunkt mit, dass das BKA „im Hinblick auf erste Feststellungen im Wohnwagen die Informationen“ hat, „dass bei dem einen Täter in der Lunge keine Rußpartikelchen gefunden worden sind, bei dem anderen ja“.

Die Äußerungen von BKA-Präsident Jörg Ziercke entsprachen dem damaligen Erkenntnisstand des BKA kurz nach Übernahme der polizeilichen Ermittlungen. Der Obduktionsbericht lag dem BKA zu dem damaligen Zeitpunkt jedoch noch nicht vor.

Laut diesem befanden sich keine Rußpartikel in der Lunge von Uwe Mundlos.

An der sonstigen Einschätzung des Geschehensablaufs (insbesondere Selbstmord von Uwe Mundlos und Tötung von Uwe Böhnhardt) ergeben sich keine Änderungen.

21. Abgeordneter  
**Sven Schulz**  
(Spandau)  
(SPD)
- Wie viele Praktika wurden im Einzelnen nach Bundesministerien gemäß bzw. nicht entsprechend der Praktikantenleitlinie Bund vom 1. Dezember 2011 im Jahr 2013 von der Bundesregierung – unter Angabe der dafür geleisteten Gesamtaufwendung – angeboten, und zu welchen Ergebnissen haben die vorgesehene Evaluierung und Überprüfung der Wirkung der Richtlinie zum 1. Dezember 2013 – ggf. unter Angabe der vorgesehenen Änderungen – geführt?

**Antwort der Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe  
vom 23. April 2014**

Die Praktikantenrichtlinie Bund wird derzeit einer Evaluierung unterzogen. Der Evaluierungsbogen wurde an alle Ressorts mit der Bitte um Weiterleitung an die nachgeordneten Behörden übersandt. Hierfür müssen die Behörden eine Vielzahl von Fragen beantworten und Datenmaterial auswerten. Die Rückläufe werden bis zum 26. Mai 2014 erwartet. Anschließend werden die übermittelten Evaluierungsbögen ausgewertet und die Ergebnisse aufbereitet.

Bereits in der Antwort auf die Schriftlichen Fragen 27 und 28 des Abgeordneten Kai Gehring auf Bundestagsdrucksache 18/247 vom 2. Januar 2014 wurde mitgeteilt, dass die Ergebnisse der Evaluierung im zweiten Quartal 2014 vorliegen werden. Es ist sinnvoll, die Ergebnisse abzuwarten.

22. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Sofortmaßnahmen wird die Bundesregierung die Betreiberunternehmen deutscher Satelliten-Bodenstationen wie STELLAR, CETEL oder IABG, welche für Internet-, Telekommunikationsdienstleister, die Vereinten Nationen, Regierungen, Behörden, Bundeswehr und sicherheitsempfindliche Unternehmen Kommunikationsdienste erbringen, umgehend davor schützen, dass die Geheimdienste GCHQ und NSA weiterhin deren Firmennetze sowie Mitarbeiter überwachen, um „in Deutschland vorbeifließende Internetverkehre“, die o. g. Kunden dieser Firmen sowie technische Trends „auszukundschaften“ (vgl. DER SPIEGEL vom 31. März 2014), und wird die Bundesregierung angesichts dieser eindeutigen Spionage – sowie auch angesichts von über 300 NSA-Abhörberichten über Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel allein im Jahr 2009 sowie der von einem US-Gericht im Rahmen des Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) am 7. März 2013 erlaubten NSA-Überwachung in ganz Deutschland (vgl. DER SPIEGEL, a. a. O.) – nun von der US-Regierung sofort energisch Unterlassung fordern so-



wie zu gleichem Zweck förmliche Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts veranlassen?

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 23. April 2014**

Die Bundesregierung steht in einem engen, vertraulichen Dialog mit der amerikanischen Regierung über die in den Medien dargestellten Aktivitäten der National Security Agency (NSA) und mit der britischen Regierung in Bezug auf die Aktivitäten des Government Communications Headquarters (GHCQ). Die geschilderten Ausspähversuche sind der Bundesregierung durch Presseveröffentlichung bekannt geworden, eine Bewertung ist daher zurzeit noch nicht möglich. Das Bundesamt für Verfassungsschutz steht mit den Unternehmen in Kontakt.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA) hat am 27. Juni 2013 einen Beobachtungsvorgang angelegt wegen des Verdachts der nachrichtendienstlichen Ausspähung von Daten durch den amerikanischen militärischen Nachrichtendienst NSA und den britischen Nachrichtendienst GCHQ. Der GBA prüft, ob ein in seine Zuständigkeit fallendes Ermittlungsverfahren, etwa nach § 99 des Strafgesetzbuchs (geheimdienstliche Agententätigkeit), einzuleiten ist.

Der GBA hat am 24. Oktober 2013 einen weiteren Beobachtungsvorgang angelegt wegen des Hinweises auf Abhörmaßnahmen durch US-Geheimdienste gegen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Der GBA prüft hier ebenfalls, ob ein in seine Zuständigkeit fallendes Ermittlungsverfahren einzuleiten ist.

Voraussetzung für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ist das Vorliegen eines hinreichenden Anfangsverdachts einer in die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft fallenden, verfolgbaren Straftat. Die Prüfung, ob ein solcher Anfangsverdacht gegeben ist, ist Aufgabe des GBA. Dieser wertet im Rahmen seiner Prüfung auch die aktuelle Presse- und Medienberichterstattung aus. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sieht keine Veranlassung, in diese Prüfung einzugreifen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

- |   |  |
|---|--|
| 23. Abgeordnete<br><b>Katja<br/>Keul</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie erklärt die Bundesregierung, dass die Übersendung des Referentenentwurfs für ein Gesetz über ein Verbot des Handels mit Nacktbildern von Kindern an die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN laut telefonischer Auskunft am 11. April 2014 verweigert wurde, dieser Entwurf am folgenden |
|---|--|

Tag aber mehreren Medien (DER TAGES-SPIEGEL, DIE WELT vom 12. April 2014) zur Berichterstattung vorlag, und hat die Bundesregierung vor, diese Praxis der Erstinformation der Presse vor einer Informierung der Abgeordneten fortzuführen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange  
vom 22. April 2014**

Den Geschäftsstellen der Fraktionen des Deutschen Bundestages und auf Wunsch auch Mitgliedern des Deutschen Bundestages wird ein Referentenentwurf gemäß § 48 Absatz 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) zur Kenntnis gegeben, wenn er den Ländern, den beteiligten Fachkreisen oder Verbänden zugeleitet wurde. Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht ist am 11. April 2014 an die Ressorts versendet worden. Die Länder- und Verbändebeteiligung ist noch nicht erfolgt.

Bundesminister Heiko Maas achtet das gesetzgeberische Verfahren. Vor diesem Hintergrund hat er bislang darauf verzichtet, Stellung zur Berichterstattung zu nehmen oder Interviews bzw. Originaltöne zum Thema zu geben.

Erfahrungsgemäß bleiben Referentenentwürfe der Bundesregierung ab einem gewissen Verfahrensstadium aber nicht immer geheim, sondern sind oft Gegenstand einer unmittelbaren öffentlichen Berichterstattung, ohne dass das federführende Bundesministerium dies veranlasst hat.

24. Abgeordnete **Dr. Sahra Wagenknecht** (DIE LINKE.)      Treffen Medienberichte zu (FOCUS, Nr. 15/2014), nach denen Generalbundesanwalt Harald Range im Zusammenhang mit der massenhaften Ausspähung von Bundesbürgern und dem Abhören des Handys der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, durch die NSA der USA keinen hinreichenden Anhaltspunkt für das Vorliegen einer in seine Verfolgungszuständigkeit fallende Straftat vorliegen sieht, und kann die deutsche Öffentlichkeit damit rechnen, dass diese Entscheidung erläutert wird?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange  
vom 23. April 2014**

Die Bundesregierung äußert sich zu Spekulationen in den Medien grundsätzlich nicht. Eine abschließende Entscheidung zum Fortgang der beim Generalbundesanwalt angelegten Beobachtungsvorgänge zu der angeblich massenhaften Ausspähung von Bundesbürgern und zum behaupteten Abhören eines Mobiltelefons der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel steht noch aus.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

25. Abgeordneter  
**Dr. Thomas Gambke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet der Zeitplan der Bundesregierung für die Unterschrift und Ratifizierung der bereits im Oktober 2012 paraphierten Revision des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Deutschland und Singapur, und aus welchen Gründen kommt es zu dieser Verzögerung des Prozesses (vgl. Handelsblatt vom 4. März 2014, „Gefährliche Nebenwirkung“)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**

**Dr. Michael Meister**  
vom 17. April 2014

Nach Paraphierung des Protokolls zur Änderung des geltenden Doppelbesteuerungsabkommens mit Singapur wurde entschieden, eine weitere Klausel zum steuerlichen Informationsaustausch aufzunehmen. Soweit übermittelte Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden, wurde ausdrücklich klargestellt, dass die Vertragsstaaten dafür Sorge zu tragen haben, dass diese Informationen nicht in einem Verfahren verwendet werden, in dem die Verhängung oder Vollstreckung einer Todesstrafe droht. Ein entsprechender Vorschlag wurde Singapur Anfang 2014 unterbreitet. Eine Antwort Singapurs hierzu steht noch aus. Deswegen kann das Änderungsprotokoll noch nicht unterzeichnet werden.

26. Abgeordnete  
**Susanna Karawanskij**  
(DIE LINKE.)
- Wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass Kleinaktionärinnen und Kleinaktionäre infolge des Beschlusses des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 8. Oktober 2013 (II ZB 26/12), nach dem der vollständige Rückzug einer (Aktien-)Gesellschaft von der Börse – das so genannte Delisting – weder eines Hauptversammlungsbeschlusses noch eines gerichtlich überprüfbaren Abfindungsangebotes bedarf und folglich ausschließlich sowie für den Streubesitzaktionär bzw. die Streubesitzaktionärin kompensationslos im Ermessen von Vorstand und Aufsichtsrat der einzelnen (Aktien-)Gesellschaft liegen, besser vor den Folgen des in der Regel eintretenden Kursverfalls der Aktie des betroffenen Unternehmens nach einem Delisting geschützt und eine gerechte finanzielle Kompensation erhalten (vgl. Handelsblatt Rechtsboard, <http://blog.handelsblatt.com>, „Keine Barabfindung beim Delisting – BGH ändert Rechtsprechung“ vom 18. November 2013)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 17. April 2014**

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Börsennotierung nicht Teil des verfassungsrechtlich geschützten Aktieneigentums, sondern lediglich ein wertbildender Faktor, der die tatsächliche Verkehrsfähigkeit der Aktie steigern kann. Diese Rechtsprechung liegt dem in ihrer Frage erwähnten Beschluss des Bundesgerichtshofes zugrunde.

Der Schutz der Anleger beim vollständigen Rückzug von der Börse oder dem Wechsel in andere Börsensegmente wird durch das Börsengesetz in Verbindung mit den jeweiligen Börsenordnungen geregelt. Demnach darf ein Widerruf der Börsenzulassung dem Schutz der Anleger nicht widersprechen (§ 39 Absatz 2 Satz 2 des Börsengesetzes). Aus Sicht der Bundesregierung sind die Börsen und die Börsenaufsichtsbehörden der Länder als zuständige Stellen für die Ausführung des Gesetzes auch im Nachgang zu der Entscheidung des Bundesgerichtshofs aufgerufen, sicherzustellen, dass ein ausreichender Schutz der Anleger gewährleistet wird, und gegebenenfalls insbesondere die insoweit relevanten Börsenordnungen anzupassen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

- |  |   |
|--|---|
| 27. Abgeordneter<br><b>Volker<br/>Beck<br/>(Köln)</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie (Haushaltstitel, Verwendungszweck, Summe der Erhöhung) werden die im Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ angekündigten 200 Mio. Euro (siehe S. 9 des Berichts) für Kommunen zur Verfügung gestellt, und wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung, falls dies nicht schon im Bundeshaushalt 2014 vorgesehen ist? |
|--|---|

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen  
vom 17. April 2014**

Für das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ ist mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2014 eine Aufstockung der Bundesmittel um 110 Mio. Euro von 40 Mio. Euro im Jahr 2013 auf 150 Mio. Euro (Verpflichtungsrahmen) vorgesehen (Einzelplan 16 Kapitel 16 06 Titel 882 11 in Titelgruppe 01). Es wird derzeit davon ausgegangen, dass der Anteil für die von der Zuwanderung besonders betroffenen Kommunen rund 10 Mio. Euro des Gesamtaufwuchs ausmachen wird.

Die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Programme „Jugend stärken im Quartier“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier/BIWAQ“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) und der ESF-Integrationsrichtlinie Bund (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) werden aus Kapitel 11 06 Titel 272 02 des Einzelplans 11 zur Verfügung gestellt.

Für alle drei ESF-Programme soll eine nationale Kofinanzierung erfolgen (für die ESF-Integrationsrichtlinie Bund aus Einzelplan 11 Kapitel 11 06 Titel 686 13 in Titelgruppe 01, für „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier/BIWAQ“ aus Einzelplan 16 Kapitel 16 06 Titel 686 05).

Die Mittel aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am meisten benachteiligten Personen (EHAP) werden aus dem Einzelplan 11 Kapitel 11 06 Titel 272 04 zur Verfügung gestellt (Zweiter Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 2014). Die nationale Kofinanzierung erfolgt aus Einzelplan 11 Kapitel 11 06 Titel 686 43 in Titelgruppe 04.

Die Umsetzung der ESF-Programme und des EHAP erfolgt im Rahmen der Förderperiode 2014 bis 2020. Sie steht unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Haushaltsgesetzgebers und der Genehmigung der Operationellen Programme für den ESF und den EHAP.

Mögliche Zuwendungsempfänger werden durch die Veröffentlichung von Förderrichtlinien der zuständigen Ressorts über Ziele, Gegenstand und Finanzierungsmodalitäten informiert und können dann entsprechende Interessenbekundungen bzw. Förderanträge einreichen.

Grundlage für die Umsetzung der Finanzhilfen der Städtebauförderung und somit auch für das Programm „Soziale Stadt“ ist eine jährlich von Bund und Ländern abzuschließende Verwaltungsvereinbarung (VV) Städtebauförderung. Die Verhandlungen zur VV 2014 sind noch nicht abgeschlossen.

Die Begründung für die Entscheidung der Bundesregierung, Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ und aus den europäischen Fonds ESF und EHAP zielgerichtet für die Unterstützung der am meisten von Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten betroffenen Kommunen zur Verfügung zu stellen, ergibt sich aus dem Bericht des Staatssekretärsausschusses „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“, dem das Kabinett am 26. März 2014 zugestimmt hat.

28. Abgeordnete  
**Brigitte  
Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie viele junge Europäerinnen und Europäer, deren Anträge auf Förderleistungen aus dem Programm MobiPro-EU bis auf Weiteres ruhend gestellt sind, haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Fördermaßnahmen im Herkunftsland oder in Deutschland begonnen bzw. absolviert (bitte nach Sprachkurs im

Heimatland, Sprachkurs in Deutschland, Praktikum in Deutschland, Ausbildung in Deutschland aufschlüsseln) und warten auf Zahlungen aus dem Förderprogramm, und wie beabsichtigt die Bundesregierung finanziell und administrativ sicherzustellen, dass alle Anträge von Ausbildungsinteressierten, die bis zum 8. April 2014 gestellt wurden, rechtzeitig bewilligt werden können, damit die Jugendlichen wie geplant in diesem Jahr ihre Ausbildung in Deutschland beginnen können?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht  
vom 22. April 2014**

Am 27. Februar wurden auf der Webseite des Programms ([www.thejobofmylife.de](http://www.thejobofmylife.de)) bekannt gegeben, dass alle Neuanträge von Ausbildungsinteressierten und Fachkräften vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage nach Förderleistungen aus dem Programm MobiPro-EU ruhend gestellt werden müssen. Wie viele der betroffenen Jugendlichen und jungen Fachkräfte bereits im Herkunftsland oder in Deutschland eine Fördermaßnahme begonnen haben, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

Um möglichst viele Personen fördern zu können, deren Anträge ruhend gestellt sind, hat die Bundesregierung bereits am 12. März 2014 im Bundeskabinett beschlossen, den Finanzrahmen des Programms erheblich auszuweiten und die Laufzeit bis in das Jahr 2018 zu verlängern. Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit der Bundesagentur für Arbeit vereinbart, Bundesmittel in Höhe von 21 Mio. Euro zugunsten von MobiPro-EU umzusteuern, so dass aktuell insgesamt 69 Mio. Euro im laufenden Jahr der Bundesagentur für Arbeit vollumfänglich zur Verfügung stehen.

Die aufgestockten Haushaltsmittel für 2014 dienen dazu, dass nunmehr die bereits laufenden Förderungen gesichert und bis zum 8. April 2014 eingegangene Erstanträge von Ausbildungsinteressierten weitestgehend berücksichtigt werden können. Zudem ist dadurch sichergestellt, dass diejenigen, die eine Förderzusage haben oder sich bereits in der Förderkette befinden, die Förderung bis zum Abschluss der Ausbildung erhalten.

Für die gesamte Programmlaufzeit (von 2013 bis 2018) hat die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt bereits insgesamt rund 0,4 Mrd. Euro für das Förderprogramm zur Verfügung gestellt.

29. Abgeordneter  
**Carsten  
Schneider**  
(Erfurt)  
(SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die unterschiedlichen Regelungen für das Schonvermögen im Rechtskreis des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und des SGB XII?

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen  
vom 17. April 2014**

Die unterschiedliche Ausgestaltung der leistungsrechtlichen Vorschriften der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber der Sozialhilfe ergibt sich aus den unterschiedlichen Aufgaben bzw. Zielstellungen der beiden Systeme.

Vorrangiges Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist es, durch geeignete unterstützende Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass Leistungsberechtigte insbesondere durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und daraus folgend durch Erzielung von Erwerbseinkommen ihre Hilfebedürftigkeit vermindern oder vollständig überwinden (siehe §§ 1 bis 3 SGB II). Das System der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist demnach grundsätzlich auf einen vorübergehenden Leistungsbezug ausgelegt. Während des vorübergehenden Bezuges von Arbeitslosengeld II sollen Leistungsberechtigte deshalb nicht auf den vollständigen Verbrauch ihres verwertbaren Vermögens verwiesen werden. Insbesondere die geltenden Freibeträge sind erforderlich, um Härten zu vermeiden, die bei einem Verweis auf vorhandenes Vermögen auch für kurzfristige Hilfebedürftigkeit entstehen würden. Die Freibeträge für die private Altersvorsorge dienen darüber hinaus der Unterstützung des Ziels, die private Altersvorsorge zu stärken.

Bei Bezieherinnen und Beziehern von Sozialhilfe nach dem SGB XII handelt es sich demgegenüber regelmäßig um solche Personen, die weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können, über 65 Jahre alt oder dauerhaft erwerbsgemindert sind. Es ist damit eine längerfristige Unterstützung durch die Allgemeinheit notwendig, die eine höhere Berücksichtigung von eigenem Vermögen zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit rechtfertigt.

- |   |  |
|---|--|
| 30. Abgeordneter<br><b>Carsten<br/>Schneider<br/>(Erfurt)<br/>(SPD)</b> | In welcher Höhe wurden seit Beginn des Modellprojektes Bürgerarbeit im Jahr 2010 jährlich Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und Bundesmittel zur Verfügung gestellt, und wie viele Bürgerarbeitsplätze wurden damit in Thüringen und bundesweit gefördert? |
|---|--|

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht  
vom 22. April 2014**

Der folgenden Übersicht können die seit Beginn des Modellprojektes Bürgerarbeit verausgabten Haushaltsmittel entnommen werden. Im Jahr 2010 wurden keine Mittel verausgabt. Im Jahr 2010 wurden noch keine Bürgerarbeitsplätze gefördert, da der Beschäftigung auf einem Bürgerarbeitsplatz eine mindestens sechsmonatige Aktivierungsphase vorgeschaltet ist. Die ersten Bürgerarbeitsplätze wurden ab Januar 2011 gefördert.

	ESF- und Bundesmittel
2011	112.549.226,67 €
2012	345.005.520,57 €
2013	371.236.387,48 €
2014*	101.238.244,26 €
Summe	930.029.378,98 €

\* Stand: 11. April 2014

Von der Gesamtausgabe in Höhe von 930 029 378,98 Euro entfielen 430 569 156,97 Euro auf ESF-Mittel und 499 460 222,01 Euro auf Bundesmittel.

In Thüringen wurde für 2 387 Bürgerarbeitsplätze eine Förderung bewilligt, bundesweit für 33 169. In Thüringen waren bisher 3 137 Personen auf einem Bürgerarbeitsplatz beschäftigt, bundesweit 46 931\*.

31. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Wie groß ist der Anteil der angekündigten 200 Mio. Euro bereitgestellter Mittel für Kommunen, die von Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien besonders betroffen sind, den auch Kommunen mit anderen Zuwanderungs-/Flüchtlingsproblematiken jenseits der EU-Binnenmigration (EU – Europäische Union) aus Osteuropa (wie beispielsweise eine hohe Zahl irakischer Flüchtlinge in Pforzheim) abrufen können, und wie soll konkret gewährleistet werden, dass die Gelder genau den Kommunen bereitgestellt werden, die als besonders betroffen von der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien identifiziert werden?

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen vom 17. April 2014**

Im Bericht des Staatssekretärsausschusses „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“, dem das Kabinett am 26. März 2014 zugestimmt hat, wird zugesichert, dass der Bund das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und Programme aus dem ESF und dem EHAP zielgerichtet auf die kommunalen Probleme im Kontext der Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten zuschneiden und entsprechend finanziell ausstatten wird. Zuwanderung aus Drittstaaten war nicht Gegenstand des Berichts.

Das Ausmaß der Betroffenheit von Problemen infolge der Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten sowie entsprechende Lösungsansätze sind in den Förderanträgen möglicher Zuwendungsempfänger nach

\* Daten der BA, Datenstand: März 2014 für Dezember 2013 (endgültig)



Veröffentlichung der einschlägigen Förderrichtlinien schlüssig darzulegen. Wie viele Mittel eine Kommune direkt als Zuwendungsempfänger oder indirekt über die Förderung von Projektträgern in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich erhält, hängt folglich von der Qualität der Anträge im Rahmen der Umsetzung der entsprechenden Förderprogramme ab.

Für die Städtebauförderung und damit auch für das Programm „Soziale Stadt“ gilt, dass die Förderung durch die Länder auf der Grundlage einer jährlich zwischen dem Bund und den Ländern abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung (VV) Städtebauförderung erfolgt. Die Verhandlungen zur VV Städtebauförderung 2014 sind noch nicht abgeschlossen.

32. Abgeordnete  
**Azize Tank**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des tatsächlichen Ausmaßes der Praxis von Leiharbeitsfirmen entgegen den Bestimmungen des § 11 Absatz 4 Satz 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), also dem Recht des Leiharbeitnehmers auf Vergütung bei Annahmeverzug des Verleihers (§ 615 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), welches nicht durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden darf und dennoch diese Zeit zulasten des Arbeitnehmers geht (sog. Minus-Arbeitsstunden), und was ist der Bundesregierung über die Anzahl der Beschwerden bekannt, die bei den erlaubnisrelevanten Beschwerdestellen der Agentur für Arbeit in den letzten fünf Jahren nach dem AÜG eingegangen sind?

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen  
vom 17. April 2014**

Das AÜG dient vor allem dem besonderen sozialen Schutzinteresse der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Gemäß § 11 Absatz 4 AÜG ist es zum Schutz der Arbeitnehmer untersagt, den Vergütungsanspruch bei Annahmeverzug des Verleihers vertraglich zu beschränken oder gar aufzuheben. Zweck dieser Vorschrift ist es, die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vor Verlagerung des Arbeitgeberrisikos in Zeiten fehlender Einsatzmöglichkeit zu schützen.

Die Bundesregierung erhält insbesondere aufgrund von Bürgeranfragen, Petitionen und Gerichtsverfahren Kenntnis über in der Praxis vorkommende Auseinandersetzungen zwischen Leiharbeitnehmern und Verleihunternehmen hinsichtlich der Regelung des § 11 Absatz 4 AÜG. Über das tatsächliche Ausmaß von Verstößen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Im Rahmen von Prüfungen der Erlaubnisinhaber nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz durch die Bundesagentur für Arbeit werden auch Verstöße gegen den Vergütungsanspruch bei Annahmeverzug festgestellt. Statistische Erhebungen hierzu liegen jedoch nicht vor. Arbeitsgerichtliche Verfahren zu Rechtsstreitigkeiten über Verpflichtungen von Arbeit-

gebern gegenüber Arbeitnehmern werden nicht in Hinblick auf die Verletzung bestimmter Vorschriften systematisch bzw. statistisch erfasst oder ausgewertet. Hinzu kommt, dass arbeitsrechtliche Rechtsstreitigkeiten oftmals im Vorfeld einer gerichtlichen Befassung oder Entscheidung ausgeräumt werden, so dass Gerichte und andere staatliche Stellen hiervon regelmäßig keine Kenntnis erhalten. Dies gilt auch für die arbeitsrechtlichen Regelungen zum Annahmeverzug in § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in Verbindung mit § 11 Absatz 4 AÜG.

Die Regelung des § 11 Absatz 4 Satz 2 AÜG war bereits Gegenstand mehrerer erst- und zweitinstanzlicher Gerichtsentscheidungen in der Arbeitsgerichtsbarkeit. Dabei haben die Gerichte unterschiedliche Auffassungen vertreten hinsichtlich der Frage, ob Arbeitszeitkonten im Leiharbeitsverhältnis auch in einen Zeitausgleich einbezogen werden können, wenn der Verleiher der Leiharbeitskraft keine Beschäftigung zuweisen konnte. Das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz hat beispielsweise die arbeitsvertraglich vereinbarte Verrechnung von einsatzfreien Zeiten auf dem Arbeitszeitkonto des Arbeitnehmers für unzulässig gehalten (Urteil vom 24. April 2008, 10 Sa 19/08). Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf und das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg sind dagegen der Auffassung, dass § 11 Absatz 4 Satz 2 AÜG der Einrichtung eines Arbeitszeitkontos unter Einbeziehung der einsatzfreien Zeiten nicht entgegensteht (Landesarbeitsgericht (LAG) Düsseldorf: Urteil vom 16. November 2011, 7 Sa 567/11 sowie LAG Baden-Württemberg: Urteil vom 29. April 2009, 17 Sa 4/09 und Urteil vom 6. März 2012, 22 Sa 58/11). Eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts steht noch aus.

Die Zahl der eingegangenen Beschwerden zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erfasst die Bundesagentur für Arbeit seit dem 1. Juli 2012 (bis 31. März 2014 insgesamt 670 Beschwerden). Eine spezifische Erfassung der Beschwerden nach Themen oder bestimmten Rechtsvorschriften erfolgt dabei nicht.

- |   |   |
|---|---|
| 33. Abgeordnete<br><b>Azize<br/>Tank<br/>(DIE LINKE.)</b> | In welcher Höhe gedenkt die Bundesregierung, die aufgebrauchten zugewiesenen Fördermittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für das ESF-BAMF-Programm (BAMF = Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) für Deutsch-Sprachkurse, die die Chancen auf eine verstetigende Eingliederung in den Arbeitsmarkt für Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen, durch Bundesmittel zu ersetzen, um bis zum Ende des Jahres 2014 den Bedarf an Sprachkursen zu decken, und falls nein, welche Gründe sprechen dagegen? |
|---|---|

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen  
vom 17. April 2014**

Das ESF-BAMF-Programm wäre ursprünglich mit der alten ESF-Förderperiode von 2007 bis 2013 ausgelaufen. Im Wege intensiver Bemühungen konnten zusätzliche ESF-Mittel bereitgestellt werden, so dass die Förderrichtlinie bis zum 30. September 2014 verlängert

werden konnte. Trotz einer deutlichen Aufstockung reichen die derzeit verfügbaren Mittel jedoch nicht aus, um weitere neue Förderanträge zu bewilligen. Die starke Inanspruchnahme des Angebots im letzten Jahr und die Nachfrage auch in diesem Jahr machten den Bewilligungsstopp für Neuanträge erforderlich. Bereits bewilligte Maßnahmen sowie die derzeit laufenden über 1 000 Kurse können jedoch in vollem Umfang weitergeführt und abgeschlossen werden. Auch für die bis Ende März 2014 eingegangenen Anträge werden in den nächsten Wochen noch Bewilligungen ausgesprochen. Hierfür stehen ausreichend Mittel zur Verfügung.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales prüft derzeit als zuständiges Ressort, ob dem BAMF zeitnah zusätzliche ESF-Mittel infolge von erwarteten Minderbedarfen bei anderen ESF-Programmen zugewiesen werden können, wodurch weitere Sprachkurse durch das BAMF in diesem Jahr ermöglicht werden könnten.

- |  |  |
|--|--|
| 34. Abgeordnete<br><b>Sabine Zimmermann</b><br><b>(Zwickau)</b><br><b>(DIE LINKE.)</b> | Wie viele Fälle der Gewährung von Sozialhilfe im Ausland gab es in den letzten 15 Jahren (bitte jährliche Angaben), und in welcher Weise sind die Gründe nach § 24 SGB XII, die eine Inanspruchnahme der Sozialhilfe im Ausland rechtfertigen, durch die Rechtsprechung weiter konkretisiert worden (insbesondere hoheitliche Gewalt)? |
|--|--|

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht  
vom 22. April 2014**

Die heutige Rechtsgrundlage für die Gewährung von Sozialhilfe an Deutsche im Ausland ist in § 24 SGB XII enthalten. Diese Vorschrift ist am 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Wegen der Unterschiede gegenüber dem bis Jahresende 2003 geltenden Recht (§ 119 des Bundessozialhilfegesetzes – BSHG) sind die Anspruchsvoraussetzungen bis einschließlich 2003 und ab 2004 und damit auch der Einfluss der Rechtsprechung in beiden Zeiträumen nicht miteinander vergleichbar.

Der frühere § 119 BSHG sah als Voraussetzung für die Zahlung von Sozialhilfe an Deutsche im Ausland nur den unbestimmten Begriff der „besonderen Notfälle“ vor. Dies führte dazu, dass solche Notlagen von der Rechtsprechung in Einzelfallentscheidungen teilweise sehr weit ausgelegt worden sind. Mit der Folge, dass die Akzeptanz einer Sozialhilfegewährung an Deutsche im Ausland zunehmend in Frage gestellt wurde.

Deshalb wurde durch § 24 SGB XII der Grundsatz festgeschrieben, dass Deutsche mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland keine Leistungen erhalten. Von diesem Grundsatz kann bei ab dem 1. Januar 2004 gestellten Erstanträgen im Einzelfall nur abgewichen werden, soweit dies wegen einer außergewöhnlichen Notlage unabweisbar ist und zugleich nachgewiesen wird, dass eine Rückkehr nach Deutsch-

land aus den drei in § 24 Absatz 1 SGB XII genannten Gründen nicht möglich ist.

Bei den drei in § 24 Absatz 1 SGB XII genannten Ausnahmegründen handelt es sich um

1. Pflege und Erziehung eines Kindes, das aus rechtlichen Gründen im Ausland verbleiben muss,
2. längerfristige stationäre Betreuung in einer Einrichtung oder Schwere der Pflegebedürftigkeit oder
3. hoheitliche Gewalt.

Es handelt sich dabei um eine abschließende Aufzählung.

Eine weitergehende Konkretisierung dieser Ausnahmen durch die Rechtsprechung ist der Bundesregierung nicht bekannt. Dies gilt auch für hoheitliche Gewalt nach Nummer 3. Dabei handelt es sich um Deutsche, die im Ausland inhaftiert sind. Da in manchen Staaten der Lebensunterhalt von Häftlingen durch die Haftanstalten nicht vollständig gewährleistet wird und Häftlinge deshalb auf die Unterstützung von Angehörigen oder anderen Personen außerhalb der Haftanstalt angewiesen sind, übernimmt bei fehlender Unterstützung vor Ort die Sozialhilfe die notwendigen ergänzenden Hilfen.

Die Anzahl der Personen, die Sozialhilfe für Deutsche im Ausland in den Jahren 1998 bis 2012 (aktuellster Datenstand) erhalten haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr	Rechtsgrundlage	Anzahl der Fälle
1998	BSHG	1.308
1999	BSHG	1.217
2000	BSHG	1.147
2001	BSHG	1.057
2002	BSHG	979
2003	BSHG	938
2004	SGB XII	807
2005	SGB XII	736
2006	SGB XII	643
2007	SGB XII	603
2008	SGB XII	550
2009	SGB XII	513
2010	SGB XII	479
2011	SGB XII	447
2012	SGB XII	419

Für die Bewertung des Rückgangs der Fallzahlen ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass sowohl das bis in das Jahr 2003 als auch das seit dem Jahr 2004 geltende Recht Vertrauensschutzregelungen für Deutsche enthalten hat beziehungsweise enthält. Dies gilt insbeson-

dere für Deutsche, die als politisch Verfolgte während der Nazi-Zeit aus Deutschland geflüchtet sind oder von Mai 1945 bis Jahresende 1949 aus Deutschland (Gebietsstand 31. Dezember 1937 und Freie Stadt Danzig) ausgewandert sind. Angesichts der Anspruchsvoraussetzungen handelt es sich bei diesem Personenkreis um hoch betagte Menschen, deren Zahl sich deshalb in dem in der Tabelle dargestellten Zeitraum kontinuierlich vermindert hat.

35. Abgeordnete  
**Pia Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung zukünftig sicherstellen, dass den in Deutschland lebenden Flüchtlingen der Zugang zu medizinischer Versorgung insbesondere in Notfällen ausnahmslos gewährt wird, dass niemand mehr in Notfällen von Ärzten und Krankenhäusern abgewiesen werden kann, wie im folgenden Fall ([www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2014/04/BILD15\\_04\\_2014.pdf](http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2014/04/BILD15_04_2014.pdf)), und stimmt die Bundesregierung zu, dass die bundesweite Einführung einer Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge nach dem Vorbild des Bremer Modells ([www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/Bremer\\_Modell\\_Medizin\\_AsylbLG.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/Bremer_Modell_Medizin_AsylbLG.pdf)) eine sinnvolle Verbesserung sowohl für die Leistungsgeber als auch für die Leistungsempfänger ist?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht  
vom 24. April 2014**

Die geltenden Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) zu Gesundheitsleistungen (§§ 4, 6, 2 Absatz 1 AsylbLG) erlauben nach Auffassung der Bundesregierung schon heute eine angemessene gesundheitliche Versorgung der Leistungsberechtigten. Denn das Leistungsrecht im AsylbLG verlangt nicht, dass sich Leistungsberechtigte, wenn ein medizinischer Eilfall vorliegt, dessen Behandlung keinen Aufschub duldet, zunächst an die Leistungsbehörden wenden. Vielmehr können sie sich schon heute unmittelbar an ein Krankenhaus oder einen Arzt wenden. Die Ärzte in den Krankenhäusern sind in diesen Fällen gesetzlich zur Behandlung der Leistungsberechtigten verpflichtet. Sie können sich, wenn sie bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leisten, obwohl dies erforderlich und ihnen den Umständen nach auch zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, sogar wegen unterlassener Hilfeleistung strafbar machen (§ 323c des Strafgesetzbuchs).

Im Übrigen obliegt die Entscheidung darüber, wie die Länder den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag für die Gesundheitsleistungen (§ 4 Absatz 3 AsylbLG) erfüllen, den für die Durchführung des AsylbLG nach dem jeweiligen Landesrecht zuständigen Stellen. Insbesondere können die Länder entscheiden, ob sie die ihnen schon heute durch das Bundesrecht eröffnete Möglichkeit nutzen, um mit den Krankenkassen Vereinbarungen gemäß § 264 Absatz 1 SGB V zur Übernahme der Krankenbehandlung der Leistungsberechtigten

gegen Kostenerstattung zu schließen. Diese Sondervereinbarungen können für die Leistungsberechtigten zur Folge haben, dass sie mit einer Gesundheitskarte ausgestattet werden. Außerdem können sie den derzeit für die Behandlung nötigen Verwaltungsaufwand und die damit verbundenen Kosten für die Leistungsbehörden reduzieren.

Als erstes Bundesland hat Bremen von der Möglichkeit der Sondervereinbarung Gebrauch gemacht. Mit diesem auch als „Bremer Modell“ bekannten Konzept einer Beauftragung der Krankenkassen mit der Krankenbehandlung werden die Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG zwar nicht zu Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkasse, erhalten jedoch eine elektronische Gesundheitskarte und können sich damit in der Regel – insbesondere in Notfällen – unmittelbar an die Ärzte und Krankenhäuser wenden, ohne zuvor einen Behandlungsschein bei der zuständigen Leistungsbehörde einzuholen; Einschränkungen bestehen innerhalb des Modells z. B. bei einer Behandlung durch Psychotherapie. Bislang wurde dieses oder ein ähnliches Modell nur in den Stadtstaaten (Hamburg, Bremen und Berlin) umgesetzt; diese rechtliche Option besteht jedoch grundsätzlich bundesweit.

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

- |   |   |
|---|---|
| 36. Abgeordneter<br><b>Dr. Ernst Dieter Rossmann</b><br>(SPD) | Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang wird das seit dem Jahr 2004 in Deutschland nicht mehr zugelassene Pflanzenschutzmittel Basamid Granulat in Deutschland dennoch weiter legal eingesetzt?   |
| 37. Abgeordneter<br><b>Dr. Ernst Dieter Rossmann</b><br>(SPD) | In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, die für Notfallsituationen zeitlich befristete Verwendung des hochgiftigen Pflanzenschutzmittels weiter einzuschränken, bzw. bis wann und unter welchen Umständen ist eine gänzliche Untersagung zu erwarten? |

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser vom 17. April 2014**

Das Pflanzenschutzmittel Basamid Granulat mit dem Wirkstoff Dazomet wurde in Deutschland letztmalig am 24. Februar 1993 bis zum 30. September 2004 zugelassen. Eine weitere Verlängerung der Zulassung wurde versagt. Der Widerspruch hierzu wurde vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) mit Schreiben vom 1. Oktober 2004 abgewiesen. Gründe waren ein unter den beantragten Anwendungsbedingungen nicht sichergestellter

Schutz der Anwender und unvertretbare Auswirkungen auf den Naturhaushalt.

Der Folgeantrag vom 12. Dezember 2002 wurde am 7. Dezember 2012 aufgrund der Unvollständigkeit des Antrags abgelehnt. Die Antragsbearbeitung ruhte auf Antrag des Antragstellers vom 14. Juli 2009 bis zur Entscheidung über die Aufnahme des Wirkstoffs Dazomet in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG (EU-Positivliste für Pflanzenschutzmittelwirkstoffe). Dazomet ist mit der Richtlinie der Europäischen Kommission 2011/53/EU vom 20. April 2011 (ABl. L 105 vom 21.4.2011, S. 24) mit Wirkung vom 1. Juni 2011 für die Dauer von zehn Jahren in die EU-Positivliste aufgenommen worden. Zu den Bedingungen dieser Aufnahme gehört, dass sich die Mitgliedstaaten dem Schutz von Anwendern und des Naturhaushalts einschließlich des Grundwassers noch einmal gesondert widmen müssen. Auf dieser Grundlage bestehen laut Auswertung der Europäischen Kommission Zulassungen in 21 Mitgliedstaaten (AUT, BEL, BGR, CYP, CZE, DNK, GRC, ESP, FRA, HUN, IRL, ITA, LUX, NLD, POL, PRT, ROU, SWE, SVN, SVK, GBR). Zusätzlich sind bestätigende Studien nachzureichen. Diese sind laut Antragsteller am 22. Mai 2013 nachgeliefert worden. Die Bewertung dieser Unterlagen durch Belgien ist noch nicht abgeschlossen. In Abhängigkeit von dem Ergebnis dieser Bewertung kann die Genehmigung des Wirkstoffs bestätigt oder widerrufen werden.

Voraussetzung für die Genehmigung der Anwendung des nicht zugelassenen Pflanzenschutzmittels Basamid Granulat in Deutschland war bzw. ist ein Antrag nach § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Pflanzenschutzgesetzes alte Fassung bzw. Artikel 53 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln beim BVL. Eine solche Notfallzulassung darf nur für eine begrenzte und kontrollierte Verwendung für längstens 120 Tage ausgesprochen werden, wenn sich eine solche Maßnahme angesichts einer anders nicht abzuwehrenden Gefahr als notwendig erweist. Grundlage für Entscheidungen des BVL ist u. a. auch das Dokument SANCO/10087/2013 rev. 0 („Working Document on Emergency Situations according to Article 53 of Regulation 53 of Regulation (EC) No 1107/2009“).

Bei Basamid Granulat handelt es sich um ein Pflanzenschutzmittel zur Bodendesinfektion und zur Bekämpfung von Wurzelnekrosen. Die Mehrzahl der Antragstellungen für Notfallzulassungen betraf Baumschulgehölzpflanzen, Erdbeervermehrungsanlagen und Zierpflanzen. Seit dem Jahr 2005 wurden Anträge verschiedener Antragsteller für derartige Anwendungen beim BVL gestellt. In der Regel wurden diese Anträge mit Hinweis auf unvertretbare Auswirkungen auf den Naturhaushalt und eine fehlende Möglichkeit, Anwender ausreichend zu schützen, abgelehnt. Für Anwendungen in Erdbeervermehrungsanlagen und Baumschulgehölzen erwies sich die Anwendung aber immer wieder als unverzichtbar und wurde mehrfach, häufig erst nach Widerspruch auf eine vorhergehende Ablehnung, genehmigt. Die Anwendungen im Rahmen der Notfallzulassungen wurden durch zusätzliche strenge Auflagen soweit eingeschränkt, dass bei Einhaltung aller Vorschriften eine sichere und für den Naturhaushalt vertretbare Anwendung angenommen werden konnte. Die genehmigte Menge lag in den vergangenen drei Jahren bei etwa

50 Tonnen Basamid Granulat. Im Jahr 2014 wurde bisher keine Notfallzulassung ausgesprochen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

38. Abgeordneter **Roland Claus**  
(DIE LINKE.)      Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung die Zahl der Geburten pro 1 000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren in Ostdeutschland 2010 mit 13,9 mehr als doppelt so hoch war wie in Westdeutschland mit sechs, und welche sozialen Folgen einer solchen Teenagerschwangerschaft erkennt die Bundesregierung für Mutter und Kind?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ralf Kleindiek  
vom 17. April 2014**

In der Fachwelt werden verschiedene Ansätze zu möglichen Ursachen von Schwangerschaften bei Minderjährigen diskutiert. Dabei wird neben psychosozialen, sozioökonomischen und bildungsbezogenen Faktoren dem Wissen über Art und Handhabung von Verhütungsmitteln große Bedeutung beigemessen. Bei der Interpretation der amtlichen Daten für Deutschland hinsichtlich der Entwicklung von Teenagerschwangerschaften im zeitlichen und regionalen Vergleich sind darüber hinaus demographische und methodische Faktoren zu berücksichtigen.

Ein im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zwischen den Jahren 2005 und 2008 durchgeführtes Forschungsprojekt hat u. a. ergeben, dass minderjährige Schwangere häufig aus einem benachteiligten sozialen Milieu stammen. Aufgrund dieser Ergebnisse hat die BZgA im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags zur Vermeidung von ungewollten Schwangerschaften nach § 1 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes die Ansprache der Jugendlichen vor und nach der Pubertät mit Fokus auf sozial benachteiligte Jugendliche verstärkt. Dazu gehört z. B. das BZgA-Projekt „Komm auf Tour“, welches Schüler und Schülerinnen Unterstützung bei der beruflichen Entwicklung und der Lebens- bzw. Familienplanung anbietet und Zusammenhänge aufzeigt. Dieses Projekt ist bereits in zahlreichen Bundesländern, u. a. in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, im Einsatz gewesen.

Zur gezielten Aufklärung und Unterstützung minderjähriger Frauen stellt die BZgA des Weiteren das Internetangebot [www.schwanger-unter-20.de](http://www.schwanger-unter-20.de) zur Verfügung.

Die Zahlen zu Teenagerschwangerschaften in Deutschland liegen im internationalen Vergleich insgesamt auf einem niedrigen Niveau.



Dennoch wird die Bundesregierung die Entwicklung bei Teenagerschwangerschaften weiterhin aufmerksam beobachten.

- |   |  |
|---|--|
| 39. Abgeordnete<br><b>Monika<br/>Lazar</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Welche finanziellen Mittel sind im Entwurf des Bundeshaushalts 2014 zur Förderung von Demokratieentwicklung, Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Hilfe für Opfer rechter Gewalt und für Aussteigerangebote vorgesehen (bitte jeweils mit Angabe von Einzelplan, Kapitel, Titelnummer und -bezeichnung sowie Mittelansatz aufführen)? |
|---|--|

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ralf Kleindiek  
vom 25. April 2014**

Die erfragten Ansätze für das Jahr 2014 werden wie folgt dargestellt:

Finanzielle Mittel im Entwurf des Bundeshaushalts 2014 zur Förderung von Demokratieentwicklung, Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Hilfe für Opfer rechter Gewalt und für Ausstiegsangebote:

Ressort, Bundesprogramm / Maßnahme	Gefördert aus Einzelplan, Kapitel, Titelnummer, Titelbezeichnung	Mittelansatz im Haushaltsentwurf 2014
BMFSFJ, TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN (einschl. Förderung von Ausstiegs- und Distanzierungsprozessen)	Einzelplan 17 (BMFSFJ), Kapitel 1702, Titelnummer 684 04, Titelbezeichnung „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“	25,83 Mio. €
BMFSFJ, „Initiative Demokratie Stärken“	Einzelplan 17 (BMFSFJ), Kapitel 1702, Titelnummer 684 04, Titelbezeichnung „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“	4,67 Mio. €
BMFSFJ, „Politische Bildung“	Einzelplan 17 (BMFSFJ) Kapitel 1702 Titelnummer 684 01 Titelbezeichnung „Politische Bildung ist ein auf Werten einer pluralistischen Demokratie und den Menschenrechten gründendes Angebot einer Vielfalt von rd. 40 bundesweit arbeitenden Organisationen und Einrichtungen“	9,48 Mio. €
BMFSFJ, Koordinationsstelle Fanprojekte bei der Deutschen Sportjugend (KOS)	Einzelplan 17 (BMFSFJ) Kapitel 1702 Titelnummer 684 01 Titelbezeichnung „Die KOS arbeitet auf der Grundlage des Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit“	250 Tsd. €

BMJV	Einzelplan 07 Kapitel 0718 Titelnummer 681 01 Titelbezeichnung „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“	1 Mio. €
BMJV	Einzelplan 07 Kapitel 0718 Titelnummer 681 02 Titelbezeichnung „Entschädigungsfonds für Opfer terroristischer Gewalt“	Leertitel, aber mit 681 01 gegenseitig deckungsfähig; zusätzlich können „Mehrausgaben“ bei dem Titel durch zweckgebundene Mehreinnahmen bei 282 01 (Einnahmen aus Spenden für Opfer terroristischen Gewalt) verstärkt werden. Darüber hinaus können beide Titel durch Einnahmen aus Regressansprüchen verstärkt werden.
BMBF Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ 2014	Einzelplan 30 Kapitel 3002 Titelnummer 68511 Titelbezeichnung „Leistungswettbewerbe und Preise für den wissenschaftlichen Nachwuchs“	160 Tsd. €
BMI Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“	Einzelplan 06 Kapitel 0601 Titelnummer 686 11 - 290 Titelbezeichnung Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus	6,0 Mio. €
BMI - Bundeszentrale für politische Bildung für den Themenbereich gemäß Fragestellung	Einzelplan 06 Kapitel 0635 Titelnummer 53202 Titelbezeichnung: Politische Bildungsarbeit	3,5 Mio. € (geplante Sollausgaben innerhalb des Titels im Sinne der Fragestellung)
BMI - Bundeszentrale für politische Bildung	Einzelplan 06 Kapitel 0635	1,0 Mio. €

Bündnis für Demokratie und Toleranz	Titelnummer 53202 Titelbezeichnung: Politische Bildungsarbeit	
BMI - Bundeszentrale für politische Bildung für den Themenbereich gemäß Fragestellung	Einzelplan 06 Kapitel 0635 Titelnummer 68402 Titelbezeichnung Zuwendungen Trägerförderung	1,1 Mio. € (geplante Sollausgaben innerhalb des Titels im Sinne der Fragestellung)
Für die Aussteigerprogramme des BfV im Bereich Rechts- und Linksextremismus gilt: Einzelheiten des Haushalts des BfV sind in einem geheimen Wirtschaftsplan gem. § 10 BHO veranschlagt. Diesbzgl. Anfragen werden nur gegenüber den dafür zuständigen Gremien des Deutschen Bundestags, dem Vertrauensgremium (§ 10a BHO) und dem PKGr für die Nachrichtendienste des Bundes beantwortet		

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

40. Abgeordnete  
**Maria  
Klein-Schmeink**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie viel Prozent der Versicherten werden voraussichtlich nach Prognose der Bundesregierung ab dem Jahr 2015 einen höheren Zusatzbeitragssatz als die bisherige Arbeitnehmermehrbelastung von 0,9 Prozent zahlen müssen, und wie viel Prozent der Versicherten werden eine geringere Belastung durch einen Zusatzbeitragssatz von unter 0,9 Prozent haben?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Ingrid Fischbach  
vom 22. April 2014**

Das Bundeskabinett hat am 26. März 2014 den Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz – GKV-FQWG) beschlossen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der allgemeine Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von 15,5 auf 14,6 Prozent gesenkt wird. Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen jeweils die Hälfte (7,3 Prozent). Der bisherige mitgliederbezogene Beitragssatzanteil, den die Mitglieder bisher allein zu zahlen haben, entfällt ebenso wie der einkommensunabhängige Zusatzbeitrag. Stattdessen kann nach dem GKV-FQWG, das am 1. Januar 2015 in Kraft treten soll, künftig jede Krankenkasse einen krankenkassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben.

Der kassenindividuelle Zusatzbeitragssatz wird von der Selbstverwaltung der Krankenkassen im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung festgelegt und bedarf der Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörden. Die Höhe der Zusatzbeitragssätze wird von einer Vielzahl an Faktoren abhängen. Neben der allgemeinen GKV-Finanzentwicklung spielen für den Zusatzbeitragssatz einer Krankenkasse insbesondere die Wirtschaftlichkeit, der Umfang der Satzungsleistungen, die Finanzreserven und die Wettbewerbsstrategie der Krankenkasse eine wichtige Rolle. Schätzungen der kassenindividuellen Zusatzbeitragsätze sind deshalb mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet. Das Bundesministerium für Gesundheit geht aktuell davon aus, dass etwa 20 Millionen Mitglieder bei Krankenkassen versichert sind, die im Jahr 2015 mit einem Zusatzbeitragssatz unterhalb von 0,9 Prozent auskommen könnten. Gesicherte Erkenntnisse über die Höhe der kassenindividuellen Zusatzbeitragssätze und damit den konkreten Anteil der Mitglieder, die einen Zusatzbeitrag unterhalb von 0,9 Prozent, von genau 0,9 Prozent und oberhalb von 0,9 Prozent zu entrichten haben, liegen erst nach Abschluss der Haushaltsplanung der Krankenkassen vor.

41. Abgeordneter  
**Frank Tempel**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hält die Bundesregierung die Legal-High-Problematik für eine direkte Folge des betäubungsmittelrechtlichen Verbots bestimmter Substanzen, und welche Position nimmt die Bundesregierung zur Research-Chemical-Verordnung der Europäischen Union auch hinsichtlich der Bestimmtheit der vorgeschlagenen Regelungen ein?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Ingrid Fischbach  
vom 23. April 2014**

Es wird bei der Beantwortung davon ausgegangen, dass sich der in der Fragestellung verwendete Begriff „Legal-High-Problematik“ auf Neue Psychoaktive Substanzen (NPS) bezieht. Es handelt sich hierbei um Derivate von Betäubungsmitteln, die in ihrer molekularen Struktur so modifiziert wurden, dass sie noch nicht unter die Bestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes fallen.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Urteil vom 3. Dezember 1997 (Az.: 2 StR 270/97) entschieden, dass es sich bei NPS um bedenkliche Arzneimittel im Sinne des Arzneimittelgesetzes (AMG) handelt, deren Herstellung und Inverkehrbringen nach § 96 Nummer 4 und § 95 Absatz 1 Nummer 1 AMG strafbar ist. In einer neueren

Entscheidung hat der BGH den Europäischen Gerichtshof die Frage vorgelegt, ob NPS dem Arzneimittelbegriff der EU-Richtlinie zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel unterfallen.

Vor diesem Hintergrund sind die Annahme, dass es sich um legale Substanzen („Legal Highs“) handelt, und die Aussage, das Auftreten von NPS sei eine „direkte Folge des betäubungsmittelrechtlichen Verbots bestimmter Substanzen“, – wie sie in der Fragestellung getroffen wird – nicht zutreffend.

Bei der in der Fragestellung erwähnten „Research-Chemical-Verordnung der EU“ wird davon ausgegangen, dass damit der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über neue psychoaktive Substanzen vom 17. September 2013 (Ratsdokument 13857/13) gemeint ist. Das Ziel des Vorschlages ist grundsätzlich zu begrüßen. Dem häufigen Auftreten von NPS durch ein EU-einheitliches, effektives und verhältnismäßiges Vorgehen zu begegnen, liegt im Interesse der Bundesregierung.

Der Vorschlag sieht einen abgestuften, risikobasierten Reaktionsmechanismus vor mit dem Ziel, die Verfügbarkeit riskanter NPS für Verbraucher durch ein schnelleres, effektiveres und verhältnismäßiges Vorgehen auf EU-Ebene zu reduzieren. Zugleich sollen Hindernisse für den Handel mit NPS zu erforderlichen, medizinischen oder wissenschaftlichen Zwecken vermieden und insoweit das Funktionieren des Binnenmarktes verbessert werden.

Der Kommissionsvorschlag folgt einem einzelstofflichen Ansatz. Insoweit sieht die Bundesregierung gegenwärtig die Bestimmtheit der vorgeschlagenen Regelungen als gegeben an.

42. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung bei den Bundesländern Angaben darüber erhalten, wie hoch die Kosten der öffentlichen Hand für die Einlagerung der umstrittenen Grippemittel Tamiflu® und Relenza® bisher waren, und hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob der Einsatz dieser Mittel aufgrund der Erkenntnisse über Gefährdungen der mit Tamiflu® Behandelten (siehe British Medical Journal vom 10. April 2014; [www.bmj.com/content/348/bmj.g2545](http://www.bmj.com/content/348/bmj.g2545)) zukünftig gestoppt und der Influenzapandemieplan dementsprechend geändert werden soll?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Ingrid Fischbach  
vom 22. April 2014**

Der Bundesregierung liegen keine aktuellen Zahlen über die Kosten der Bevorratung mit antiviralen Arzneimitteln vor. Sie wird bei den zuständigen Stellen der Länder entsprechende Informationen abfra-

gen und diese zur Verfügung stellen, sofern die Länder der Veröffentlichung zustimmen.

Die Nationale Pandemieplanung wird ständig an aktuelle Erkenntnisse und Entwicklungen angepasst. Aktuell sieht die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) keine Veranlassung für eine Änderung an der Zulassung für Tamiflu®. Sollte der wissenschaftliche Ausschuss der EMA nach weiteren Prüfungen zu einer anderen Einschätzung über Tamiflu® kommen, wird das in die nationale Pandemieplanung einfließen. Unabhängig davon wird über den Einsatz der durch die Bundesregierung eingelagerten Vorräte im Ereignisfall, also dem tatsächlichen Auftreten einer Pandemie, unter Berücksichtigung aller dann vorhandenen Erkenntnisse zu entscheiden sein.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

43. Abgeordneter **Dr. Matthias Bartke** (SPD)      Welche Planungen bestehen seitens des Bundes aktuell für den achtstreifigen Ausbau der A 7 nördlich des Elbtunnels, insbesondere zwischen dem Tunnel und der Autobahnabfahrt Hamburg-Stellingen (unter Angabe der Priorität dieser Planung im neuen Bundesverkehrswegeplan – BVWP –, des vorgesehenen Zeitrahmens für den Ausbau, des Ablaufs und der Zeitangabe des Planfeststellungsverfahrens und der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel)?

### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 17. April 2014**

Der Ausbau der A 7 in Hamburg ist im Bedarfsplan 2004 für die Bundesfernstraßen dem Vordringlichen Bedarf zugeordnet. Diese Maßnahme wird bis zum Stichtag 1. Januar 2016 teilweise im Bau sein und muss deshalb nicht erneut für den BVWP angemeldet werden. Dieses Projekt bleibt deshalb in der Dringlichkeitsstufe „Vordringlicher Bedarf“.

Für den südlichen Abschnitt Altona von der Anschlussstelle Hamburg-Othmarschen bis zur Anschlussstelle Hamburg-Volkspark hat der Referenten(RE)-Entwurf für den gesetzlich erforderlichen Lärmschutz den Geschenvermerk des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) erhalten. Der Entwurf enthält die Planung eines 730 m langen Tunnels mit einer sich südlich anschließenden Galerie mit einer Länge von 403 m. Der RE-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) für einen optimalen Städtebau mit zusätzlichen Einhausungen befindet sich noch in der Aufstellung. Das Planfeststellungsverfahren soll im Jahr 2016 eingeleitet werden. Der Baubeginn wird voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2019 stattfinden.

Für den Abschnitt Stellingen von der Anschlussstelle Hamburg-Volkspark bis zum Autobahndreieck Hamburg-Nordwest ist am 23. August 2013 ein Planfeststellungsbeschluss erlassen worden. Der Beschluss wird im Bereich des Tunnels Stellingen beklagt. Die übrigen Bereiche sind sofort vollziehbar. Die Langenfelder Brücke wird ab Juni 2014 durch ein neues Bauwerk ersetzt. Hierbei wird auch die Anschlussstelle Hamburg-Volkspark angepasst. Die Gesamtmaßnahme soll voraussichtlich im Jahr 2019 abgeschlossen sein. Die Kosten betragen für den Bund etwa 270 Mio. Euro.

44. Abgeordneter **Dr. Matthias Bartke** (SPD) In welchem Umfang und auf welcher Länge ist aus Lärmschutzgründen eine vollständige Überdeckung der A 7 nötig?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 17. April 2014**

Aufgrund gesetzlicher Anforderungen zum Lärmschutz nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ist im Abschnitt Altona eine Einhausung mit einer Länge von 730 m und im Abschnitt Stellingen der geplante Tunnel Stellingen mit einer Länge von etwa 900 m erforderlich.

45. Abgeordneter **Dr. Matthias Bartke** (SPD) In welchem Umfang ist das BMVI in die Prüfung unterschiedlicher Planungsvarianten für den sog. Altonaer Deckel eingebunden, und welche Varianten bevorzugt das BMVI?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 17. April 2014**

Der RE-Entwurf für den Abschnitt Altona hat am 12. März 2012 den Gesehenvermerk des BMVI erhalten. Dieser Entwurf („Erforderlicher Lärmschutz“) enthält Lärmschutzmaßnahmen, die aufgrund gesetzlicher Anforderungen (BImSchG) erforderlich sind.

Die FHH stellt zurzeit einen weiteren Entwurf („Optimaler Städtebau“) für den Abschnitt Altona auf, welcher zusätzliche Einhausungen aufgrund städtebaulicher Entwicklungspotenziale enthält. Die zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen sind durch die FHH veranlasst und werden auch durch die Stadt finanziert. Das BMVI wird den Entwurf „Optimaler Städtebau“ nach dessen Aufstellung zur Erteilung des Gesehenvermerks erhalten.

46. Abgeordneter **Dr. Matthias Bartke** (SPD) Welche Brandschutzvorgaben bestehen für das Bauwerk (bitte auch die Rechtsgrundlagen benennen), und was verändert sich, wenn der Deckel auf Kosten Hamburgs auf eine Länge von rund 2 000 m verlängert wird?



**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 17. April 2014**

Die baulichen Anforderungen an den Brandschutz in Tunneln werden in den „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten“ (ZTV-ING), die betriebstechnischen Anforderungen in den „Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln“ (RABT) geregelt.

Für die Bemessung und die maßgebliche Brandphase gilt die Brandkurve nach den ZTV-ING, nach der während einer Brandphase von 30 Minuten die maximale Temperatur angesetzt wird.

Beim baulichen Brandschutz wird dieser Temperaturlastfall bei der Berechnung des Tunnels berücksichtigt. Zur Vermeidung von Abplatzungen im Beton werden dem Beton Polypropylenfasern (PP-Fasern) zugegeben. An diesen Vorgaben ändert sich bei einer Erhöhung der Länge auf 2 000 m nichts.

Für die betriebstechnische Ausstattung gilt nach RABT, dass für sicherheitstechnische Einrichtungen ein Funktionserhalt über 90 Minuten gewährleistet sein muss. Für die Dimensionierung der Lüftung ist mindestens eine Bemessungsbrandleistung von 30 MW anzusetzen. Diese ist in Abhängigkeit der Lkw-Fahrleistung, d. h. Lkw-Anzahl  $\times$  Tunnellänge, weiterzuerhöhen.

Bei einer Verlängerung des Tunnels auf ca. 2 000 m müsste geprüft werden, ob gegebenenfalls die Brandleistung zur Dimensionierung der Lüftung auf 100 MW erhöht werden muss. Ansonsten ändert sich an den Sicherheitsanforderungen nichts.

47. Abgeordneter **Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um den baulichen Zustand der Neckartalbrücke (A 6: Heilbronn/Neckarsulm) aufzuwerten und Sicherheitsrisiken auch hinsichtlich der Standfestigkeit ohne Fahrstreifensperrungen auszuschließen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 24. April 2014**

Die Neckartalbrücke wurde zwischen den Jahren 2003 und 2005 umfassend saniert und im Jahr 2006 durch das Einschweißen zusätzlicher Streifen an der Strombrücke verstärkt. Zusätzlich wurde eine Verkürzung der Überwachungszeiträume der Bauwerksprüfung nach DIN 1076 festgelegt (jährliche Sonderprüfungen).

Drei Jahre später wies die Strombrücke erneut so erhebliche Risse auf, dass in den Jahren 2009 und 2010 eine Instandsetzung der Schweißnähte entlang der Längsstreifen durchgeführt werden musste.

Bei einer Sonderprüfung im Oktober 2013 wurden Risse in bereits verstärkten Bereichen festgestellt. Um Sicherheitsrisiken auszuschließen, mussten verkehrliche Kompensationsmaßnahmen durch den

Einzug der äußeren Fahrstreifen, ein Abstandgebot und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h ergriffen werden. Der Betrieb von sechs Fahrstreifen kann nur mit einem Ersatzneubau sichergestellt werden.

48. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Seit wann laufen Planungen für den Beginn eines Ersatzneubaus der Neckartalbrücke (A 6), und welche Finanzierungsplanungen und -zusagen liegen bereits vor?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär vom 24. April 2014**

Die Planungen für den Ersatzneubau des Neckartalübergangs im Zuge der A 6 begannen Ende 2011, als für das bestehende Bauwerk die Nachrechnungsergebnisse vorlagen. Nach Abschluss der Planungs- und Genehmigungsphase hat das Regierungspräsidium Stuttgart im April 2014 den Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens gestellt. Der Bund plant die Realisierung im Zuge des geplanten ÖPP-Projektes (ÖPP = öffentlich-private Partnerschaft) auf dem Abschnitt Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg–Autobahnkreuz Weinsberg.

49. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Welche Untersuchungen liegen der Bundesregierung zum Zustand und zur Sanierungsbedürftigkeit der Neckartalbrücke (A 6: Heilbronn/Neckarsulm) vor, und wie bewertet sie die Standfestigkeit der Brücke?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär vom 24. April 2014**

Durch die zuständige Straßenbauverwaltung des Landes Baden-Württemberg wurden folgende Untersuchungen durchgeführt:

- |               |  |
|---------------|--|
| 2011          | Nachrechnung zur Bewertung der Tragfähigkeit |
| 2010 bis 2014 | Jährliche Schweißnahtsonderprüfungen.        |

Auf der Grundlage des Ergebnisses der Schweißnahtsonderprüfung vom Oktober 2013 ist am 22. Oktober 2013 zur Entlastung der kritischen Kragarmbereiche der jeweils äußere Fahrstreifen auf der gesamten Länge des Neckartalübergangs eingezogen worden. Damit ist nach jetziger Sachlage eine weitere Nutzung des Neckartalübergangs vorbehaltlich der Ergebnisse noch folgender Schweißnahtsonderprüfungen sowie weiterer Bauwerksprüfungen bis zur Realisierung des Ersatzneubaus möglich.

50. Abgeordneter  
**Marcus Held**  
(SPD)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung die Bundesratsinitiative zum Kunstflug in ihrer Gesetzgebung vor, und ist zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vonseiten der Bundesregierung eine zeitliche Einschränkung des Flugverkehrs möglich?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 22. April 2014**

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung befindet sich die angesprochene Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Hessen derzeit in erneuter Abstimmung zwischen den Bundesländern. Es bleibt daher zunächst abzuwarten, welchen Wortlaut die Vorschläge betreffend den Kunstflug haben werden.

Eine zeitliche Beschränkung des Kunstflugverkehrs kann aus Gründen des jeweiligen Landesfeiertagsrechts geboten sein. Zudem kommt aufgrund der Vergleichbarkeit der Sachverhalte eine analoge Anwendung des Schutzgedankens des § 1 der Landeplatz-Lärmschutzverordnung in Betracht. Die Erteilung von Freigaben für Kunstflüge kann daher mit der Auflage erteilt werden, dass die Ruhezeiten gemäß der Landeplatz-Lärmschutzverordnung (montags bis freitags vor 7 Uhr, zwischen 13 und 15 Uhr Ortszeit und nach Sonnenuntergang, samstags, sonntags und an Feiertagen vor 9 Uhr und nach 13 Uhr Ortszeit) zu beachten sind.

51. Abgeordnete  
**Susanna Karawanskij**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Haushalte (in absoluten Zahlen) im Landkreis Nordsachsen haben hinsichtlich der Breitbandversorgung im ländlichen Raum keine Breitbandgrundversorgung von mindestens 16 Mbit/s mit festnetzbasierter Technologie oder verfügen darüber nur per LTE (LTE – Long Term Evolution) bzw. per Satellit, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, damit schnelles Internet im Landkreis Nordsachsen verfügbar wird, eingedenk der Tatsache, dass in dünn besiedelten ländlichen Räumen die ökonomischen Interessen der beteiligten Unternehmen mit dem Bedürfnis der Verbraucherinnen und Verbraucher nach bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Kommunikationsleistungen in Deckung zu bringen sind?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 17. April 2014**

**Breitbandversorgung**

Im ländlichen Raum des Landkreises Nordsachsen haben zum Stand Ende 2013 ca. 20 500 Haushalte keine Breitbandversorgung mit mindestens 16 Mbit/s mit festnetzbasierter Technologie, was ca. 56 Prozent der Haushalte im ländlichen Raum des Landkreises entspricht.

Jedoch verfügen ca. 90 Prozent der Haushalte im genannten ländlichen Raum über eine Breitbandversorgungsoption mittels LTE (dies entspricht 33 000 versorgten und 3 600 unversorgten Haushalten). Unabhängig von der aktuellen Leistungsfähigkeit der LTE-Technologie wird diese im Breitbandatlas derzeit maximal in der Breitbandklasse  $\geq 6$  Mbit/s bis  $< 16$  Mbit/s eingeordnet.

Die Satellitentechnologie steht darüber hinaus grundsätzlich allen Haushalten zur Verfügung. Es kann technologiebedingt keine Prozent-Zuordnung in versorgbare Haushalte für einen Landkreis erfolgen. Im Breitbandatlas wird diese Technologie maximal in die Bandbreitenklasse  $\geq 6$  Mbit/s bis  $< 16$  Mbit/s eingeordnet.

#### Maßnahmen

Der Ausbau hochleistungsfähiger Internetverbindungen ist zuallererst Verantwortung der Telekommunikationswirtschaft. Der Bund stellt die für Investitionen nötigen Rahmenbedingungen zur Verfügung. In der ersten Sitzung der Netzallianz Digitales Deutschland haben die TK-Unternehmen (TK = Telekommunikation) und TK-Verbände Bereitschaft gezeigt, unter geeigneten Rahmenbedingungen auch künftig in den Netzausbau zu investieren – auch im ländlichen Raum.

Sachsen wird in den nächsten Jahren weiterhin kräftig in den Netzausbau investieren. Die Schwerpunkte legt das Land in eigener Zuständigkeit fest. Der Bund wird sich gegenüber der Europäischen Kommission für die rasche Genehmigung einer beihilferechtlichen Rahmenregelung einsetzen, die Investitionen auch in moderne Netze ermöglicht.

Mit der Vergabe der Frequenzen der Digitalen Dividende II schafft der Bund die Voraussetzung für die schnelle und kosteneffizientere Erschließung sehr dünn besiedelter Gebiete. Diese werden in enger Abstimmung mit den Ländern und der Bundesnetzagentur rechtzeitig festgelegt.

Im Rahmen der Netzallianz Digitales Deutschland wurde verabredet, bis zur nächsten Sitzung im Herbst 2014 ein Kursbuch Netzausbau zu erstellen und darin die Handlungsfelder der Beteiligten einschließlich Investitionen und erforderlicher Rahmenbedingungen zu benennen.

Die wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Unternehmen und das Bedürfnis der Nutzerinnen und Nutzer nach bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Kommunikationsleistungen werden durch ein Bündel an Maßnahmen in Übereinstimmung gebracht, sowohl durch Angebote des Bundes als auch der Länder. Der Bund setzt sich für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen ein und unterstützt den Ausbau in dünn besiedelten Gebieten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Die KfW Bankengruppe bietet zinsgünstige Kredite an. Die Länder stellen in den nächsten Jahren Fördergelder von bis zu 2 Mrd. Euro zur Verfügung.

Bislang unterversorgte Regionen können sich bei der landeseigenen Beratungsstelle Digitale Offensive Sachsen beraten lassen. Ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Beratungsstelle liegt im Bereich der Breitbandförderung.

52. Abgeordneter  
**Jürgen Klimke**  
(CDU/CSU)
- In welcher Form beteiligt sich der Bund an einer Verlagerung der Autobahnmeisterei Othmarschen auf eine Fläche südlich des Elbtunnels mit einem Flächentausch und einem maßgeblichen Anteil am funktionaleren Ersatzbau für die veraltete Autobahnmeisterei, um damit eine vollständige Deckelung zu ermöglichen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 22. April 2014**

Aus Sicht des Bundes besteht derzeit keine Veranlassung, den bisherigen Standort der Autobahnmeisterei Othmarschen aufzugeben und durch einen Neubau an einem anderen Standort zu ersetzen. Da der Bund nicht Veranlasser für eine eventuelle Verlagerung der vorhandenen Autobahnmeisterei Othmarschen ist, wäre diese insgesamt – auch hinsichtlich des Grunderwerbs – kostenneutral für den Bundeshaushalt zu gestalten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Straßenbetriebsdienst von einem neuen Standort aus keine Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsverluste erleiden darf.

53. Abgeordneter  
**Jürgen Klimke**  
(CDU/CSU)
- Ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in Verhandlungen über eine Verlagerung der Autobahnmeisterei Othmarschen eingebunden, und welchen Standpunkt vertritt das Bundesministerium in dieser Angelegenheit?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 22. April 2014**

Das BMVI wurde seitens der Straßenbauverwaltung des Landes Hamburg im Rahmen der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen beteiligt.

54. Abgeordneter  
**Jürgen Klimke**  
(CDU/CSU)
- Ist das BMVI bereit, über die Bedingungen einer Verlagerung zu verhandeln, und wenn ja, zu welchen Bedingungen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 22. April 2014**

Der Kaufpreis für den neuen Standort ist von der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) zu bestreiten. Nach den geltenden Abgabe-

richtlinien sind die Flächen des alten Standorts der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ohne Wertausgleich zu übertragen. Bezüglich der Nachnutzung des alten Standortes durch die FHH wäre das Einvernehmen mit der BImA herzustellen. Die FHH müsste diese Flächen von der BImA erwerben, wobei der von ihr aufgewendete Kaufpreis für die neuen Flächen angerechnet werden könnte.

Sofern durch eine Standortverlagerung Mehraufwendungen, z. B. durch zusätzliche Wegstrecken bzw. längere Leerfahrten und durch einen geänderten Geräte- und Maschinenpark im Rahmen des Betriebsdienstes verursacht werden, sind die hierdurch jährlich entstehenden Kosten zu ermitteln und zeitlich unbefristet abzulösen. Hierbei ist sowohl die heutige Situation als auch die sich durch Änderungen des Streckennetzes ergebende Situation mit einzubeziehen.

55. Abgeordneter  
**Thomas Nord**  
(DIE LINKE.)
- Gilt die Ablehnung der Ausweitung der Nachtruhe am Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg (BER) durch den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur als kleinem Anteilseigner, die er in einem Gespräch mit der „FAZ“ geäußert hat, das am 10. April 2014 in der „FAZ“ veröffentlicht wurde, weil der Flughafen dann nicht wirtschaftlich arbeiten würde, auch für den Kompromissvorschlag, der von Brandenburgs Ministerpräsidenten Ende März 2014 unterbreitet wurde?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär vom 22. April 2014**

Ja.

56. Abgeordneter  
**Thomas Nord**  
(DIE LINKE.)
- Welche betriebswirtschaftlichen Daten liegen der Aussage des Bundesverkehrsministers über die Nichtwirtschaftlichkeit bei einer Ausweitung des Nachtflugverbots über die Zeit zwischen Mitternacht und 5 Uhr zugrunde?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär vom 22. April 2014**

Die Bewertung des BMVI, dass eine Ausweitung des Nachtflugverbots nicht vorgenommen werden soll, beruht auf der aktuellen bestandskräftigen Genehmigungslage für den Flughafen, die als guter Kompromiss zwischen den verschiedenen Belangen der betroffenen Parteien zu werten ist. Auch ist das in Rede stehende Konstrukt des freiwilligen Verzichts auf die erste Betriebsstunde rechtlich problematisch.

Unabhängig von den rechtlichen Überlegungen beruht die entsprechende Bewertung auch auf verkehrspolitischen Prämissen für den neuen Flughafen. Dieser wurde konzipiert, um den kompletten Luftverkehr der Region Berlin/Brandenburg abwickeln zu können. Hierzu gehören auch Interkontinental- und Mittelstreckenverbindungen.

Für diese Verkehrssegmente sind die sog. Schulterstunden betriebserheblich. Eine Einkürzung der Betriebszeit an dieser Stelle würde den Verkehrszweck des Flughafens für diese Segmente infrage stellen. Dies ist aus Sicht der übergreifenden Verkehrsverantwortung des Bundes für die luftverkehrliche Anbindung des Wirtschafts- und Logistikstandortes Deutschland und insbesondere der Hauptstadtregion an die Weltluftverkehrsnetze nicht akzeptabel.

57. Abgeordneter  
**Thomas Nord**  
(DIE LINKE.)
- Gilt die vom Bundesverkehrsminister an die Länder gegebene Zusage, dass angefangene Projekte zu Ende finanziert werden, auch für die begonnenen Modernisierungen der ostdeutschen Wasserstraßen, insbesondere die Schleusen in Kleinmachnow und Fürstenwalde, die, wenn sie nicht modernisiert werden, in kurzer Zeit eine vollständige Entwertung bisheriger getätigter Investitionen nach sich ziehen würden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 22. April 2014**

Die dem BMVI nachgeordnete Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes wird alle begonnenen Ausbaumaßnahmen und Grundinstandsetzungen an den ostdeutschen Wasserstraßen fortsetzen. Dies gilt u. a. für Restausbaumaßnahmen im Bereich des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit (VDE), Nr. 17 (Wasserstraßenverbindung nach Berlin), den Neubau des Schiffshebewerks Niederfinow sowie die Grundinstandsetzung der Schleuse Kleinmachnow. Ein Ausbau des Teltowkanals mit der Schleuse Kleinmachnow wurde bereits im Jahr 2003 mit der Aufgabe des Osthafens durch das Land Berlin aufgegeben. Weiterhin wurde ein Ausbau der Spree-Oder-Wasserstraße mit der Schleuse Fürstenwalde für den BVWP 2003 geprüft und wegen Unwirtschaftlichkeit verworfen.

58. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung nach ihren Kenntnissen die aktuelle Anfrage der Europäischen Kommission an die Häfen in der Europäischen Union (mit Ergänzungsfragen für die deutschen Häfen) in Bezug auf die jeweilige Entrichtung von Körperschaftsteuer, und wie sind die einzelnen Kapitalzuführungen als Verlustausgleich an die deutschen Häfen bzw. in die Hafenbetriebsgesellschaften beihilferechtlich zu bewerten (bitte die jeweiligen Folgen benennen, wenn anstatt der heutigen Praxis Körperschaftsteuer im Fall von Verlusten zu zahlen wäre)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 17. April 2014**

Die Europäische Kommission (KOM) hat mit Schreiben vom 3. Juli 2013 einen Fragebogen zur Funktionsweise und Besteuerung von

Häfen übermittelt, den die Bundesregierung am 30. September 2013 beantwortet hat. Damit möchte sich die KOM einen Überblick über die Funktionsweise öffentlich finanzierter Handelshäfen in den Mitgliedstaaten verschaffen, um so die möglichen Auswirkungen staatlicher Beihilfevorschriften für Häfen besser abschätzen zu können. Im Nachgang hat die KOM mit Schreiben vom 18. Dezember 2013 ein Auskunftersuchen zur Besteuerung von Häfen an die Bundesregierung übermittelt, das am 26. Februar 2014 beantwortet worden ist.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die KOM mit den genannten Konsultationen ihre Prüfung fortsetzt, ob und in welcher Form Beihilfeleitlinien für Häfen entwickelt werden sollen.

Wirtschaftliche Aktivitäten von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die sog. Betriebe gewerblicher Art (BgA), werden nach den Grundsätzen des § 4 des Körperschaftsteuergesetzes der Körperschaftsteuer unterworfen. Sie werden damit grundsätzlich nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Grundsätzen besteuert. Der Träger des BgA, die juristische Person des öffentlichen Rechts, gilt als Anteilseigner des BgA.

Einem Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft steht es frei, seiner Gesellschaft Kapital zuzuführen, damit diese z. B. Verluste ausgleichen kann, oder der Gesellschaft Ertragszuschüsse zu gewähren. Letztere sind ergebniswirksam, die Kapitalzuführungen nicht. Steuerlich werden die Kapitalzuführungen als Einlagen behandelt (§ 4 Absatz 1 Satz 1 und 8 des Einkommensteuergesetzes). Gewährt der Träger eines BgA folglich diesem eine Kapitalzuführung, hat dies keine Auswirkung auf Verluste des BgA.

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

59. Abgeordneter **Marcus Held** (SPD)      Wie stellt sich die Bundesregierung den Schutz von Bürgerinnen und Bürgern vor Lärm vor, und sieht die Bundesregierung im Bereich Lärmschutz gesetzlichen Verbesserungsbedarf?

#### **Antwort des Staatssekretärs Jochen Flasbarth vom 17. April 2014**

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 16. Dezember 2013 betont unter der Überschrift „Lärmschutz“ die besondere Bedeutung einer Reduzierung der Lärmbelastung von Bürgerinnen und Bürgern. Angesprochen werden die Bereiche des anlagenbezogenen Lärmschutzes sowie Maßnahmen zur Lärminderung im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr. Vorgesehen ist darin auch, den Stand der Technik zur Geräuschkürzung konsequenter in die Praxis einzuführen.



Innerhalb der Bundesregierung sind Arbeiten an entsprechenden Vorhaben des Lärmschutzes eingeleitet und sollen fortlaufend umgesetzt werden.

60. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur hohen Waldbrandgefahr in Tschernobyl, weil dort das radioaktiv belastete Laub langsamer verrottet (insbesondere zur möglichen radioaktiven Freisetzung bei einem Brand), und gibt es bereits Gespräche und Lösungsansätze bezüglich der Problematik (beispielsweise im Rahmen des „Chernobyl Shelter Implementation Plan“)?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Flasbarth  
vom 17. April 2014**

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine hohe Waldbrandgefahr vor, die auf einer langsameren Verrottung radioaktiv belasteten Laubs beruht. Sollte es zu möglichen radioaktiven Freisetzungen als Folge von Bränden des radioaktiv belasteten Laubs kommen, werden keine radiologischen Konsequenzen für Deutschland erwartet. Dies gilt auch dann, wenn – in Abhängigkeit von der Wetterlage – eine Verfrachtung geringer Radioaktivitätsmengen nach Europa bzw. Deutschland auftreten sollte. Waldbrände fanden in der permanent nicht bewohnten Schutzzone um das Kernkraftwerk Tschernobyl (Exclusion Zone) bei entsprechenden Witterungsbedingungen bereits mehrfach statt. Eine im Vergleich zu anderen Waldgebieten erhöhte Häufigkeit konnte nicht festgestellt werden.

Internationale Aktivitäten wie der „Chernobyl Shelter Implementation Plan“ behandeln diese Fragestellungen nicht.

61. Abgeordneter  
**Christian  
Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann liegt die Verwaltungsvereinbarung für die Städtebauförderung 2014 vor, und ab wann können in diesem Jahr frühestens neue Projekte mit den Städtebauförderprogrammen gefördert werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Florian Pronold  
vom 17. April 2014**

Die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2014 wird auf Grundlage des Bundeshaushalts 2014 zwischen Bund und Ländern geschlossen. Sie wird parallel zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2014 verhandelt und soll möglichst zeitgleich bzw. kurz nach dem Bundeshaushalt in Kraft treten. Dann können die Länder, die in der föderalen Aufgabenverteilung für die Umsetzung der Städtebauförderung verantwortlich sind, die Förderung an die Kommunen bewilligen. Neue Projekte können somit voraussichtlich grundsätzlich ab Juli 2014 gefördert werden.

62. Abgeordneter  
**Peter Meiwald**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wurden seit der Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 35 der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl auf Bundestagsdrucksache 17/9351 (vgl. Plenarprotokoll 17/174) weitere Ausgleichsleistungen aufgrund des § 38 Absatz 2 des Atomgesetzes beispielsweise für radioaktiv kontaminiertes Wildfleisch geleistet (bitte differenzierte Angaben für die Jahre 2012, 2013 und das erste Quartal 2014 bis heute), und in welcher Gesamthöhe hat Deutschland seit der Atomkatastrophe von Tschernobyl bis dato Zahlungen für damit in Verbindung stehende Maßnahmen, beispielsweise die Sanierung des Tschernobyl-Sarkophags, die Errichtung des neuen Tschernobyl-Einschlusses, Sicherungsmaßnahmen, Dekontaminierungsarbeiten oder Ähnliches, geleistet?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 23. April 2014**

Ausgleichsleistungen aufgrund des § 38 Absatz 2 des Atomgesetzes wurden in den Jahren ab 2011 bis zum 16. April 2014 in folgender Höhe geleistet:

Jahr	Euro
2011	620.000
2012	310.000
2013	908.000
2014 (bis 16.April)	226.000
<b>Summe</b>	<b>2.064.000</b>

Die Finanzierung der Sanierung des Sarkophags sowie die Errichtung des sicheren Einschlusses (New Safe Confinement) in Tschernobyl erfolgt über den Chernobyl Shelter Fund bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. In diesen Fonds hat Deutschland bisher rund 81 Mio. Euro direkt eingezahlt.

63. Abgeordneter  
**Peter Meiwald**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe plant die Bundesregierung die Fortführung des Förderprogramms für Partikelminderungssysteme im Jahr 2014, und wie bewertet die Bundesregierung die Ausweitung des Programms auf mobile Baumaschinen, Nutzfahrzeuge über 3,5 Tonnen und Dieselloks?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 23. April 2014**

Im Rahmen der Aufstellung des neuen Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2014 konnte die Veranschlagung eines Förderprogramms mangels Gegenfinanzierung nicht erreicht werden. Im Übrigen bleibt das parlamentarische Verfahren abzuwarten.

Berlin, den 25. April 2014

